

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/11985 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2017

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, die Bundestagsdrucksache 18/11262). Die so genannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2016 bei einem historischen Höchstwert von 71,4 Prozent. Hinzu kommen noch Anerkennungen durch die Gerichte nach zunächst negativer Entscheidung.

Bei 7,7 Prozent aller Asylsuchenden stellte das BAMF im Jahr 2016 ein Rückübernahmeersuchen nach der Dublin-Verordnung der Europäischen Union (EU) – im letzten Quartal 2016 lag dieser Anteil bei 19,5 Prozent. In 31 488 Fällen wurde 2016 die Zuständigkeit Griechenlands vermutet und deshalb kein Ersuchen gestellt, weil es wegen der dortigen systemischen Mängel im Asyl- und Aufnahmesystem seit 2011 einen Überstellungsstopp gab, der im März diesen Jahres jedoch endete. Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2016 vor allem an Italien gerichtet (23,4 Prozent), danach folgten Ungarn (21,5 Prozent), Polen und Bulgarien. Syrische Flüchtlinge stellen mit 17,8 Prozent die größte Betroffenenengruppe dar, gefolgt von afghanischen, russischen und irakischen Asylsuchenden. Den insgesamt 55 690 Dublin-Ersuchen im Jahr 2016 standen nur 3 968 tatsächliche Überstellungen gegenüber, das sind gerade einmal 7 Prozent; gemessen an den Zustimmungen der anderen EU-Staaten zur Rückübernahme (29 274) betrug die so genannte Überstellungsquote 13,6 Prozent (in Bezug auf Ungarn 2,5 bzw. 7,8 Prozent). Nicht selten verhindern Gerichte geplante Überstellungen wegen erheblicher Mängel in den Asylsystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individueller Umstände (63 Prozent der Rechtsschutzanträge gegen Überstellungen nach Ungarn waren 2016 erfolgreich, in Bezug auf Italien lag die Quote bei 24,7 Prozent). Manche Schutzsuchende tauchen in ihrer Not eher unter, als sich gegen ihren Willen in ein Land überstellen zu lassen, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, rassistische Ablehnung, Obdachlosigkeit oder eine Inhaftierung fürchten. Die geringe Überstellungsquote erklärt sich auch dadurch, dass einzelne Mitgliedstaaten –

wie etwa Ungarn – nur eine bestimmte Zahl von Schutzsuchenden pro Tag aus allen anderen Dublin-Staaten zurücknehmen. Innerhalb des BAMF wird für Dublin-Verfahren Personal gebunden, das besser in der regulären Asylprüfung eingesetzt werden könnte. Eine reale Verteilungswirkung ist mit dem Dublin-System für Deutschland kaum verbunden: Die immer komplexeren Dublin-Verfahren beschäftigen das BAMF und die Gerichte zwar zunehmend, doch die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland hat sich durch Dublin-Überstellungen aus anderen Ländern im Jahr 2016 im Saldo noch um 8 123 Personen erhöht.

Im Jahr 2016 gab es vergleichsweise wenige Widerrufsverfahren (2 207), zu 82 Prozent hatte dabei der Schutzstatus Bestand. Für die Zukunft ist angesichts der großen Zahl zuletzt gewährter Schutzstatus und nach Abbau der Altverfahren im BAMF mit einer massiven Ausweitung der automatischen Widerrufsprüfungen drei Jahre nach einer Anerkennung zu rechnen. Für die Betroffenen – nicht selten traumatisierte Flüchtlinge – sind diese Verfahren und die damit verbundene Unsicherheit sehr belastend.

Ein behördliches Asylverfahren in Deutschland dauerte im Jahr 2016 nach offiziellen Angaben im Durchschnitt 7,1 Monate. Asylsuchende aus Somalia, der Türkei, Russland und Pakistan mussten sogar über 15 Monate auf eine Entscheidung des BAMF warten. Die realen Asylverfahrensdauern lagen noch einmal deutlich über diesen Werten, denn die Zeit vom ersten Asylgesuch bis zur ermöglichten formellen Asylantragstellung wird bei den Angaben der Bundesregierung über die Verfahrensdauern nicht berücksichtigt. Erst nach mehrfachem Nachfragen machte die Bundesregierung Angaben zur Zeitdauer zwischen erster Einreise (nach Angaben der Betroffenen) und formeller Asylantragstellung; diese zusätzliche Wartezeit betrug im Jahr 2016 durchschnittlich sechs Monate.

Vom Asyl-Flughafenverfahren waren im Jahr 2016 gerade einmal 273 Asylsuchende betroffen. Im Ergebnis wurde 68 dieser Asylsuchenden nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisen oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt.

36,2 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2016 waren Kinder. 5 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, bei denen die bereinigte Gesamtschutzquote zwischen 93,8 und 97 Prozent lag. Gestiegen ist im Jahr 2016 die Zahl der zurückgewiesenen oder zurückgeschobenen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, das betraf 649 Kinder und Jugendliche (2015: 31), 278 von ihnen kamen aus Afghanistan (erst seit Dezember 2015 erfasst die Bundespolizei 16- und 17-Jährige als unbegleitete Minderjährige; vgl. Bundestagsdrucksache 18/7625, Frage 8).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im ersten Quartal 2017, und wie lauten die Vergleichswerte des vorherigen Quartals (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländern gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung, internationaler Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien und Türkei machen)?

- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren)?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der u. g. Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

1. Quartal 2017	Asylberechtigung Art. 16a GG		Flüchtlingschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutzquote		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Staatsangehörigkeiten gesamt	859	0,4	47.400	21,3	41.122	18,5	14.055	6,3	103.436	46,5	56,0
darunter:											
Syrien	177	0,4	12.789	31,7	24.906	61,7	138	0,3	38.010	94,2	99,9
Afghanistan	48	0,1	8.144	16,4	2.948	5,9	10.642	21,5	21.782	44,0	46,9
Irak	89	0,3	11.639	37,6	6.188	20,0	533	1,7	18.449	59,6	65,8
Eritrea	50	0,6	3.286	42,5	2.095	27,1	191	2,5	5.622	72,7	97,3
Iran	202	1,7	6.072	50,5	282	2,3	138	1,1	6.694	55,7	61,5
Somalia	4	0,1	1.701	26,3	1.521	23,6	892	13,8	4.118	63,8	84,1
Nigeria	7	0,1	221	3,9	46	0,8	401	7,1	675	11,9	19,7
Türkei	7	0,8	38	4,6	11	1,3	6	0,7	62	7,5	14,4
Russische Föd.	21	0,4	190	3,6	116	2,2	68	1,3	395	7,5	11,7
Guinea	5	0,2	129	6,4	39	1,9	72	3,6	245	12,1	26,1
Armenien	5	0,2	46	1,6	57	1,9	111	3,8	219	7,5	9,7
Ungeklärt	12	0,3	812	21,4	1.263	33,3	56	1,5	2.143	56,5	70,4
Albanien	-	-	1	0,0	16	0,4	33	0,9	50	1,3	2,0
Pakistan	16	0,2	178	1,9	32	0,3	60	0,6	286	3,1	3,9
Aserbaidschan	19	0,9	150	6,7	70	3,1	43	1,9	282	12,6	19,8
Algerien	-	-	8	0,6	7	0,5	12	0,9	27	2,1	3,9
Marokko	1	0,1	26	2,0	21	1,6	20	1,5	68	5,2	8,9
Tunesien	-	-	5	1,3	10	2,5	3	0,8	18	4,5	8,4

1. Quartal 2017			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	859	0,4%	0,5%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	47.400	21,3%	25,7%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	164	0,1%	0,1%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	6.485	2,9%	3,5%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	33.041	14,9%	17,9%
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.432	0,6%	0,8%
Summe subsidiärer Schutz	41.122	18,5%	22,3%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	13.158	5,9%	7,1%
§ 60 VII AufenthG	897	0,4%	0,5%
Summe Abschiebungsverbot	14.055	6,3%	7,6%
Gesamtsschutz	103.436	46,5%	56,0%

4. Quartal 2016	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz- quote		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Staatsangehörigkeiten gesamt	801	0,3	58.502	24,9	64.288	27,4	16.934	7,2%	140.525	59,9	68,9%
darunter:											
Syrien	246	0,3	24.372	32,8	46.967	63,2	487	0,7	72.072	97,0	99,9
Afghanistan	24	0,1	8.363	19,6	3.684	8,6	13.990	32,7	26.061	60,9	65,2
Irak	75	0,2	14.745	46,4	6.212	19,6	236	0,7	21.268	66,9	72,8
Eritrea	27	0,4	3.593	54,1	2.069	31,2	78	1,2	5.767	86,8	98,9
Iran	180	2,5	3.075	43,2	155	2,2	106	1,5	3.516	49,4	57,5
Nigeria	6	0,3	73	3,4	17	0,8	133	6,3	229	10,8	18,6
Somalia	4	0,1	940	27,9	504	14,9	923	27,4	2.371	70,3	88,7
Albanien	-	-	9	0,1	11	0,2	28	0,5	48	0,8	1,0
Türkei	6	0,7	55	6,0	20	2,2	5	0,5	86	9,4	18,6
Pakistan	4	0,1	111	1,4	37	0,5	58	0,7	210	2,7	4,2
Russische Föderation	12	0,2	181	2,8	82	1,3	89	1,4	364	5,7	9,3
Aserbaidshchan	52	2,5	208	10,1	76	3,7%	64	3,1	400	19,4	23,3
Ungeklärt	7	0,1	1.110	21,4	2.712	52,2	73	1,4	3.902	75,1	83,6
Armenien	2	0,1	25	1,5	34	2,0	82	4,8	143	8,4	10,6
Guinea	8	1,3	78	12,3	13	2,1	29	4,6	128	20,3	39,8
Algerien	-	-	14	1,5	12	1,3	14	1,5	40	4,3	7,3
Marokko	-	-	18	1,6	22	1,9	11	1,0	51	4,4	7,1
Tunesien	-	-	-	-	2	0,7	-	-	2	0,7	2,0

4. Quartal 2016			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	801	0,3	0,4%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	58.502	24,9	28,7%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	237	0,1	0,1%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	5.810	2,5	2,8%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	57.584	24,6	28,2%
§ 4 I AsylG Familienschutz	657	0,3	0,3%
Summe subsidiärer Schutz	64.288	27,4	31,5%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	16.170	6,9	7,9%
§ 60 VII AufenthG	764	0,3	0,4%
Summe Abschiebungsverbot	16.934	7,2	8,3%
Gesamtsschutz	140.525	59,9	68,9%

- c) Wie waren im Jahr 2016 die Ergebnisse der Asylprüfung bei Asylsuchenden aus den fünf wichtigsten Herkunftsländern, differenziert nach Bundesländern (bitte die unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnungen und formelle Entscheidungen in Prozentangaben und absoluten Zahlen und nach Bundesländern differenziert darstellen), und gibt es mit Blick auf diese Zahlen der bisherigen Erklärung des BAMF zur Studie der Universität Konstanz zu unterschiedlichen Anerkennungsquoten nach Bundesländern etwas hinzuzufügen oder zu korrigieren (vgl. www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/20170327-012-pm-studie-erkennungquoten.html)?

Die Angaben zu den fünf wichtigsten Herkunftsstaaten im Jahr 2016 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylentscheidungen im Jahr 2016 durch das BAMF <u>Syrien</u>	Asylentscheidungen	Asylberechtigung (Art. 16a u. Familienasyl)		Anerkennungen gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)	
		davon											
		absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig
Baden-Württemberg	33.118	39	0,1%	22.656	68,4%	9.959	30,1%	105	0,3%	21	0,1%	338	1,0%
Bayern	36.319	54	0,1%	25.098	69,1%	10.470	28,8%	86	0,2%	25	0,1%	586	1,6%
Berlin	10.640	79	0,7%	3.147	29,6%	7.135	67,1%	65	0,6%	12	0,1%	202	1,9%
Brandenburg	10.149	10	0,1%	5.958	58,7%	3.950	38,9%	25	0,2%	5	0,0%	201	2,0%
Bremen	5.097	21	0,4%	3.692	72,4%	1.362	26,7%	2	0,0%	1	0,0%	19	0,4%
Hamburg	5.746	11	0,2%	3.537	61,6%	2.037	35,5%	36	0,6%	4	0,1%	121	2,1%
Hessen	20.139	60	0,3%	9.327	46,3%	10.468	52,0%	39	0,2%	2	0,0%	243	1,2%
Mecklenburg-Vorp.	9.600	25	0,3%	7.731	80,5%	1.625	16,9%	25	0,3%	9	0,1%	185	1,9%
Niedersachsen	27.238	79	0,3%	14.211	52,2%	12.051	44,2%	102	0,4%	13	0,0%	782	2,9%
Nordrhein-Westfalen	61.636	163	0,3%	25.793	41,8%	33.832	54,9%	166	0,3%	46	0,1%	1.636	2,7%
Rheinland-Pfalz	19.679	56	0,3%	8.949	45,5%	10.327	52,5%	82	0,4%	12	0,1%	253	1,3%
Saarland	9.080	41	0,5%	7.137	78,6%	1.405	15,5%	38	0,4%	1	0,0%	458	5,0%
Sachsen	11.784	43	0,4%	8.530	72,4%	2.960	25,1%	24	0,2%	7	0,1%	220	1,9%
Sachsen-Anhalt	13.620	4	0,0%	7.494	55,0%	5.871	43,1%	22	0,2%	-	-	229	1,7%
Schleswig-Holstein	12.425	58	0,5%	6.530	52,6%	5.455	43,9%	62	0,5%	3	0,0%	317	2,6%
Thüringen	8.770	13	0,1%	5.974	68,1%	2.655	30,3%	31	0,4%	6	0,1%	91	1,0%
gesamt	295.040	756	0,3%	165.764	56,2%	121.562	41,2%	910	0,3%	167	0,1%	5.881	2,0%

Asylentscheidungen im Jahr 2016 durch das BAMF – Afghanistan	Asylentscheidungen	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Familienasyl)		Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG		Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG		Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)	
		davon											
		absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig
Baden-Württemberg	4.634	3	0,1%	810	17,5%	546	11,8%	1.106	23,9%	1.907	41,2%	262	5,7%
Bayern	11.508	14	0,1%	1.945	16,9%	767	6,7%	3.324	28,9%	4.582	39,8%	876	7,6%
Berlin	3.208	8	0,2%	533	16,6%	225	7,0%	675	21,0%	1.088	33,9%	679	21,2%
Brandenburg	2.972	-	-	444	14,9%	183	6,2%	769	25,9%	1.216	40,9%	360	12,1%
Bremen	1.048	3	0,3%	379	36,2%	104	9,9%	295	28,1%	250	23,9%	17	1,6%
Hamburg	4.960	2	0,0%	1.246	25,1%	424	8,5%	1.445	29,1%	1.526	30,8%	317	6,4%
Hessen	7.197	2	0,0%	1.381	19,2%	595	8,3%	2.237	31,1%	2.741	38,1%	241	3,3%
Mecklenburg-Vorpommern	1.010	-	-	306	30,3%	45	4,5%	270	26,7%	263	26,0%	126	12,5%
Niedersachsen	3.551	3	0,1%	830	23,4%	321	9,0%	766	21,6%	1.396	39,3%	235	6,6%
Nordrhein-Westfalen	9.155	26	0,3%	2.012	22,0%	757	8,3%	2.323	25,4%	2.984	32,6%	1.053	11,5%
Rheinland-Pfalz	4.009	3	0,1%	959	23,9%	417	10,4%	1.126	28,1%	1.346	33,6%	158	3,9%
Saarland	420	-	-	93	22,1%	35	8,3%	167	39,8%	89	21,2%	36	8,6%
Sachsen	4.908	2	0,0%	929	18,9%	453	9,2%	1.009	20,6%	2.125	43,3%	390	7,9%
Sachsen-Anhalt	3.203	2	0,1%	529	16,5%	251	7,8%	1.157	36,1%	1.103	34,4%	161	5,0%
Schleswig-Holstein	3.059	10	0,3%	730	23,9%	374	12,2%	733	24,0%	929	30,4%	283	9,3%
Thüringen	3.403	2	0,1%	607	17,8%	339	10,0%	1.039	30,5%	1.272	37,4%	144	4,2%
Unbekannt	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100,0%
gesamt	68.246	80	0,1%	13.733	20,1%	5.836	8,6%	18.441	27,0%	24.817	36,4%	5.339	7,8%

Asylentscheidungen im Jahr 2016 durch das BAMF – Irak	Asylentscheidungen	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Familienasyl)		Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG		Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG		Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)	
		davon											
		absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig
Baden-Württemberg	7.612	33	0,4%	4.367	57,4%	1.223	16,1%	23	0,3%	1.420	18,7%	546	7,2%
Bayern	11.398	49	0,4%	4.982	43,7%	2.129	18,7%	91	0,8%	2.852	25,0%	1.295	11,4%
Berlin	3.536	8	0,2%	923	26,1%	586	16,6%	51	1,4%	1.025	29,0%	943	26,7%
Brandenburg	34	-	-	17	50,0%	9	26,5%	-	-	2	5,9%	6	17,6%
Bremen	142	-	-	131	92,3%	4	2,8%	2	1,4%	3	2,1%	2	1,4%
Hamburg	2.252	10	0,4%	1.315	58,4%	289	12,8%	10	0,4%	404	17,9%	224	9,9%
Hessen	2.842	4	0,1%	1.321	46,5%	600	21,1%	18	0,6%	799	28,1%	100	3,5%
Mecklenburg-Vorpommern	61	-	-	31	50,8%	9	14,8%	5	8,2%	6	9,8%	10	16,4%
Niedersachsen	10.792	27	0,3%	7.705	71,4%	1.198	11,1%	44	0,4%	1.282	11,9%	536	5,0%
Nordrhein-Westfalen	19.984	96	0,5%	11.847	59,3%	2.633	13,2%	109	0,5%	3.985	19,9%	1.314	6,6%
Rheinland-Pfalz	160	-	-	84	52,5%	19	11,9%	1	0,6%	39	24,4%	17	10,6%
Saarland	351	1	0,3%	159	45,3%	70	19,9%	2	0,6%	70	19,9%	49	14,0%
Sachsen	3.556	3	0,1%	1.219	34,3%	856	24,1%	35	1,0%	946	26,6%	497	14,0%
Sachsen-Anhalt	130	1	0,8%	65	50,0%	22	16,9%	2	1,5%	13	10,0%	27	20,8%
Schleswig-Holstein	3.182	10	0,3%	1.399	44,0%	713	22,4%	29	0,9%	719	22,6%	312	9,8%
Thüringen	2.528	5	0,2%	989	39,1%	552	21,8%	17	0,7%	683	27,0%	282	11,2%
Unbekannt	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	100,0%
gesamt	68.562	247	0,4%	36.554	53,3%	10.912	15,9%	439	0,6%	14.248	20,8%	6.162	9,0%

Asylentscheidungen im Jahr 2016 durch das BAMF – Iran	Asylentscheidungen	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Familienasyl)		Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG		Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG		Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)	
		davon											
		absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig
Baden-Württemberg	621	40	6,4%	299	48,1%	14	2,3%	4	0,6%	175	28,2%	89	14,3%
Bayern	1.581	36	2,3%	559	35,4%	40	2,5%	19	1,2%	633	40,0%	294	18,6%
Berlin	948	32	3,4%	295	31,1%	18	1,9%	8	0,8%	338	35,7%	257	27,1%
Brandenburg	486	13	2,7%	96	19,8%	7	1,4%	2	0,4%	225	46,3%	143	29,4%
Bremen	326	12	3,7%	244	74,8%	5	1,5%	1	0,3%	51	15,6%	13	4,0%
Hamburg	999	31	3,1%	513	51,4%	31	3,1%	22	2,2%	297	29,7%	105	10,5%
Hessen	1.120	57	5,1%	463	41,3%	17	1,5%	19	1,7%	490	43,8%	74	6,6%
Mecklenburg-Vorpommern	148	5	3,4%	66	44,6%	1	0,7%	5	3,4%	25	16,9%	46	31,1%
Niedersachsen	535	24	4,5%	229	42,8%	14	2,6%	4	0,7%	142	26,5%	122	22,8%
Nordrhein-Westfalen	2.196	95	4,3%	1.068	48,6%	50	2,3%	26	1,2%	601	27,4%	356	16,2%
Rheinland-Pfalz	887	43	4,8%	422	47,6%	28	3,2%	14	1,6%	297	33,5%	83	9,4%
Saarland	33	6	18,2%	14	42,4%	3	9,1%	2	6,1%	2	6,1%	6	18,2%
Sachsen	575	15	2,6%	205	35,7%	12	2,1%	3	0,5%	239	41,6%	101	17,6%
Sachsen-Anhalt	625	17	2,7%	303	48,5%	9	1,4%	10	1,6%	188	30,1%	98	15,7%
Schleswig-Holstein	420	27	6,4%	209	49,8%	4	1,0%	9	2,1%	90	21,4%	81	19,3%
Thüringen	27	-	-	5	18,5%	4	14,8%	2	7,4%	13	48,1%	3	11,1%
Unbekannt	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100,0%
gesamt	11.528	453	3,9%	4.990	43,3%	257	2,2%	150	1,3%	3.806	33,0%	1.872	16,2%

Asylentscheidungen im Jahr 2016 durch das BAMF – <u>Eritrea</u>	Asylentscheidungen	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Familienasyl)		Anerkennungen als Flüchtling gem. § 3 I AsylG		Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG		Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)	
		davon											
		absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig	absolut	anteilig
Baden-Württemberg	2.072	1	0,0%	1.422	68,6%	533	25,7%	8	0,4%	11	0,5%	97	4,7%
Bayern	5.364	18	0,3%	4.261	79,4%	869	16,2%	12	0,2%	17	0,3%	187	3,5%
Berlin	373	5	1,3%	221	59,2%	52	13,9%	13	3,5%	4	1,1%	78	20,9%
Brandenburg	713	3	0,4%	526	73,8%	76	10,7%	3	0,4%	54	7,6%	51	7,2%
Bremen	216	-	-	193	89,4%	18	8,3%	1	0,5%	-	-	4	1,9%
Hamburg	1.198	5	0,4%	888	74,1%	186	15,5%	6	0,5%	2	0,2%	111	9,3%
Hessen	3.301	27	0,8%	2.489	75,4%	550	16,7%	15	0,5%	19	0,6%	201	6,1%
Mecklenburg-Vorpommern	314	-	-	184	58,6%	43	13,7%	4	1,3%	-	-	83	26,4%
Niedersachsen	937	7	0,7%	628	67,0%	184	19,6%	5	0,5%	-	-	113	12,1%
Nordrhein-Westfalen	3.011	21	0,7%	2.320	77,1%	438	14,5%	9	0,3%	12	0,4%	211	7,0%
Rheinland-Pfalz	1.226	3	0,2%	869	70,9%	204	16,6%	2	0,2%	4	0,3%	144	11,7%
Saarland	227	8	3,5%	118	52,0%	50	22,0%	1	0,4%	-	-	50	22,0%
Sachsen	756	2	0,3%	600	79,4%	115	15,2%	4	0,5%	4	0,5%	31	4,1%
Sachsen-Anhalt	525	1	0,2%	340	64,8%	64	12,2%	3	0,6%	-	-	117	22,3%
Schleswig-Holstein	1.160	7	0,6%	956	82,4%	92	7,9%	12	1,0%	2	0,2%	91	7,8%
Thüringen	765	1	0,1%	542	70,8%	178	23,3%	21	2,7%	6	0,8%	17	2,2%
Unbekannt	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	100,0%
gesamt	22.160	109	0,5%	16.557	74,7%	3.652	16,5%	119	0,5%	135	0,6%	1.588	7,2%

Den bisherigen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezüglich der in der Fragestellung angesprochenen Studie der Universität Konstanz veröffentlichten Erläuterungen zu unterschiedlichen Anerkennungsquoten nach Bundesländern ist nichts hinzuzufügen.

- Wie viele der Anerkennungen nach Artikel 16a GG bzw. nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal beruhen auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben im Sinne der Frage werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei für die Asylbewerber, deren Asylverfahren im schriftlichen Verfahren entschieden werden, diese Merkmale nicht erfasst werden:

1. Quartal 2017	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
	darunter:					
	Familienflüchtlings- schutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung	davon ge- schlechtsspez. Verfolgung	davon ge- schlechtsspez. Verfolgung	
Herkunftsländer gesamt	47.400	6.643	17.474	2.610	18.513	4.884
darunter:						
Syrien	12.789	3.576	6.262	797	1.200	205
Afghanistan	8.144	641	809	233	5.833	1.946
Irak	11.639	926	554	103	9.069	1.512
Eritrea	3.286	283	2.647	431	72	38
Iran	6.072	205	5.508	654	161	50
Somalia	1.701	233	55	13	1.270	738
Nigeria	221	32	39	23	134	111
Türkei	38	12	21	2	3	1
Russische Föd.	190	64	104	44	11	9
Guinea	129	27	24	3	75	63
Armenien	46	4	34	9	4	1
Ungeklärt	812	199	346	60	113	22
Albanien	1	0	0	0	0	0
Pakistan	178	43	28	6	96	19
Aserbaidshan	150	26	98	16	12	2

4. Quartal 2016	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
	darunter:					
	Familienflüchtlings- schutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung			
			davon ge- schlechtsspez. Verfolgung		davon ge- schlechtsspez. Verfolgung	
Herkunftsländer gesamt	58.502	6.014	22.106	3.281	21.367	5.237
darunter:						
Syrien	24.372	3.856	13.878	1.908	2.260	403
Afghanistan	8.363	364	794	244	5.997	2.366
Irak	14.745	741	667	133	11.442	1.690
Eritrea	3.593	238	2.432	450	162	68
Iran	3.075	122	2.737	352	100	44
Nigeria	73	24	7	4	35	29
Somalia	940	143	31	8	675	409
Albanien	9	2	0	0	1	0
Türkei	55	7	38	1	6	3
Pakistan	111	23	23	5	55	15
Russische Föd.	181	57	74	6	35	6
Aserbajdschan	208	47	126	1	7	1
Ungeklärt	1.110	129	604	48	137	35
Armenien	25	1	17	0	0	0
Guinea	78	10	13	1	42	38

3. Wie viele Widerrufsverfahren wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017	eingeleitete Widerrufs- prüfver- fahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	1.481	656	12	1,8	56	8,5	37	5,6	551	84,0
darunter:										
Irak	473	208	-	-	15	7,2	4	1,9	189	90,9
Syrien	464	175	-	-	27	15,4	1	0,6	147	84,0
Afghanistan	105	54	1	1,9	-	-	18	33,3	35	64,8
Türkei	102	97	1	1,0	2	2,1	-	-	94	96,9
Russische Föd.	40	5	-	-	1	20,0	1	20,0	3	60,0
Iran	34	20	2	10,0	2	10,0	-	-	16	80,0
Ungeklärt	34	6	-	-	4	66,7	-	-	2	33,3
Kosovo	32	7	2	28,6	-	-	2	28,6	3	42,9
Pakistan	29	17	-	-	-	-	-	-	17	100,0
Serbien	17	4	-	-	1	25,0	-	-	3	75,0
Somalia	16	2	-	-	-	-	-	-	2	100,0
Eritrea	15	3	-	-	1	33,3	-	-	2	66,7
Sri Lanka	11	2	-	-	-	-	1	50,0	1	50,0
Armenien	8	2	-	-	1	50,0	-	-	1	50,0
sonst. asiat. St.	8	1	-	-	-	-	-	-	1	100,0

4. Quartal 2016	eingeleitete Widerrufs- prüfver- fahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	1.051	436	15	3,4	45	10,3	51	11,7	325	74,5
darunter:										
Syrien	377	77	-	-	17	22,1	1	1,3	59	76,6
Irak	267	122	-	-	8	6,6	-	-	114	93,4
Afghanistan	90	52	1	1,9	1	1,9	26	50,0	24	46,2
Türkei	81	22	2	9,1	3	13,6	-	-	17	77,3
Pakistan	33	10	-	-	-	-	-	-	10	100,0
Iran	26	17	1	5,9	3	17,6	1	5,9	12	70,6
Russische Föd.	24	11	-	-	-	-	1	9,1	10	90,9
Kosovo	17	12	4	33,3	-	-	5	41,7	3	25,0
Ungeklärt	16	14	-	-	6	42,9	1	7,1	7	50,0
Serbien	14	8	2	25,0	-	-	1	12,5	5	62,5
Staatenlos	10	4	-	-	1	25,0	-	-	3	75,0
Eritrea	8	7	-	-	-	-	1	14,3	6	85,7
Somalia	8	8	-	-	-	-	-	-	8	100,0
Vietnam	8	2	-	-	1	50,0	-	-	1	50,0
Aserbaidschan	6	7	-	-	1	14,3	1	14,3	5	71,4

4. Wie lange war in Asylverfahren die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal, wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d. h. inklusive eines Gerichtsverfahrens, soweit vorliegend) und wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Vorab ist auf Folgendes hinzuweisen: Die vom BAMF offiziell ausgewiesene durchschnittliche Verfahrensdauer bezieht sich auf den Zeitpunkt zwischen der förmlichen Asylantragstellung und der Entscheidung durch das BAMF.

Die Verfahrensdauer für die im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 getroffenen Entscheidungen liegt bundesweit bei durchschnittlich 7,1 Monaten. Die angegebene Zahl muss vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass es sich hier um ein arithmetisches Mittel handelt. In die Gesamtsumme von 695 733 entschiedenen Verfahren bis 31. Dezember 2016 sind 39 Prozent (273.251) sog. Altverfahren mit Antragstellung vor dem 1. Januar 2016 eingeflossen. Diese Altverfahren haben aufgrund ihres hohen Alters eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 12,9 Monaten und verzerrten das arithmetische Mittel dadurch nicht unerheblich. Dem gegenüber stehen 61 Prozent (422.482) entschiedene Neuverfahren (Antragstellung nach 1. Januar 2016) mit einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von 3,4 Monaten. Je mehr Altfälle abgebaut werden, desto höher wird also die ausgewiesene Bearbeitungsdauer. Der gleiche Zusammenhang gilt für alle ausgewiesenen Bearbeitungsdauern, in denen nicht nach dem Zeitpunkt der Antragstellung differenziert wird.

Um eine Aussage über die aktuellen Bearbeitungszeiten zu erhalten, betrachtet das BAMF die Entwicklung am sog. aktuellen Rand. Es handelt sich hier um Antragstellungen, die innerhalb der letzten 6 Monate beim BAMF eingegangen sind und im gleichen Zeitraum auch entschieden wurden (siehe hierzu auch Frage 4 j). Für die letzten sechs Monate lag die Bearbeitungsdauer am aktuellen Rand bei 1,9 Monaten (Vormonat 2,1 Monate). Diese Dauer gilt für 70 778 Verfahren, die ab 1. Oktober 2016 beim BAMF eingegangen sind und bis 31. März 2017 entschieden wurden.

Aufgrund des o. g. Zusammenhangs zwischen der Bearbeitung von Altfällen und dem daraus resultierenden Anstieg der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer erwartet das BAMF in den ersten Monaten des Jahres 2017 steigende statistische Verfahrensdauern. Grund hierfür ist, dass der Übernahmestand aus 2016 (insgesamt 433 719 Verfahren) zum 31. Dezember 2016 durchschnittlich bereits ein Alter von 9,9 Monaten hatte. 86 Prozent des Übernahmestandes war älter als drei Monate.

Aufgrund der geringeren Antragszahlen des bisherigen Jahres 2017 (bis zum 31. März 2017 waren es insgesamt 60.157 eingegangene Erst- und Folgeanträge) betreffen die bisher getroffenen Entscheidungen (zum 31. März 2017 insgesamt 222 395) in hohem Umfang diese Altfälle (91 Prozent, 202 528 Verfahren). Solange die Altfälle aus den Vorjahren abgebaut werden, wird daher auch die statistische Verfahrensdauer ansteigen bzw. auf hohem Niveau verbleiben.

Die einzelnen Angaben im Sinne der Frage können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
1. Quartal 2017	
Herkunftsländer gesamt	10,4
darunter:	
Syrien	7,5
Afghanistan	10,7
Irak	9,3
Eritrea	8,7
Iran	9,5
Somalia	14,9
Nigeria	14,4
Türkei	12,5
Russische Föd.	15,2
Guinea	16,1
Armenien	13,6
Ungeklärt	11,5
Albanien	5,6
Pakistan	13,8
Aserbaidshjan	11,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
1. Quartal 2017	
Gesamt	10,4
davon	
Erstanträge	10,4
Folganträge	10,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2016	
Herkunftsländer gesamt	8,1
darunter:	
Syrien	5,4
Afghanistan	7,7
Irak	6,8
Eritrea	9,4
Iran	9,6
Nigeria	12,9
Somalia	15,7
Albanien	5,7
Türkei	14,5
Pakistan	14,0
Russische Föderation	15,2
Aserbajdschan	14,8
Ungeklärt	9,6
Armenien	14,4
Guinea	13,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2016	
Gesamt	8,1
davon	
Erstanträge	8,0
Folgeanträge	10,7

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Jan.-Dez. 2016	
Herkunftsländer gesamt	8,7
darunter:	
Syrien	4,6
Afghanistan	11,4
Irak	6,8
Eritrea	12,4
Iran	16,8
Nigeria	19,7
Somalia	21,9
Albanien	9,2
Türkei	23,2
Pakistan	20,5
Russische Föd.	21,0
Aserbaidshan	21,0
Ungeklärt	8,0
Armenien	23,3
Guinea	8,4

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Jan.-Dez. 2016	
Gesamt	8,7
davon	
Erstanträge	8,4
Folgeanträge	12,9

1. Quartal 2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asyleranträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	11,3
darunter:	
Afghanistan	12,4
Syrien	10,8
Irak	10,9
Eritrea	8,9
Somalia	11,7
Ungeklärt	9,3
Staatenlos	11,0
Pakistan	13,8
Äthiopien	8,9
Iran	10,9
Guinea	7,5
Albanien	13,2
sonst. asiat. Staatsangeh.	10,4
Marokko	8,7
Gambia	8,4

4. Quartal 2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asyleranträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	9,5
darunter:	
Syrien	8,6
Afghanistan	11,0
Irak	8,9
Eritrea	11,3
Ungeklärt	9,1
Somalia	14,0
Staatenlos	9,9
Pakistan	10,1
Albanien	8,1
Äthiopien	9,9
Iran	9,0
sonst. asiat. Staatsangeh.	8,4
Guinea	23,7
Marokko	9,8
Ägypten	21,6

Es wird darauf hingewiesen, dass die Aussagekraft zur durchschnittlichen Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen aufgrund z. T. sehr geringer Fallzahlen begrenzt ist.

- a) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten
Herkunftsländer gesamt	3,0
darunter:	
Syrien	3,1
Afghanistan	2,5
Irak	2,8
Eritrea	3,4
Iran	2,6
Somalia	2,8
Nigeria	2,7
Türkei	2,5
Russische Föderation	2,6
Guinea	2,2
Armenien	3,2
Ungeklärt	3,0
Albanien	1,8
Pakistan	3,1
Aserbaidshjan	3,5

4. Quartal 2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten
Herkunftsländer gesamt	3,7
darunter:	
Syrien	5,1
Afghanistan	3,9
Irak	3,3
Eritrea	4,3
Iran	4,2
Nigeria	6,2
Somalia	4,3
Albanien	1,2
Türkei	3,6
Pakistan	3,5
Russische Föderation	3,3
Aserbajdschan	5,4
Ungeklärt	3,4
Guinea	6,6
Gambia	3,9

- b) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Asylverfahren getrennt danach betrachtet werden, ob sie in so genannten Ankunftscentren, in Entscheidungscentren, in den Außenstellen oder der Zentrale entschieden wurden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: auch für die folgenden Angaben gelten zudem die in der Antwort zu Frage 4 getroffenen Erläuterungen zu Verzerrungen bei der statistischen Gesamtverfahrensdauer aufgrund des hohen Anteils von dort einfließenden Altverfahren):

1. Quartal 2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden – in Monaten
Gesamt	9,2
darunter:	
Syrien	5,3
Afghanistan	9,5
Irak	8,4
Eritrea	7,6
Iran	8,2
Somalia	15,4
Nigeria	12,0
Türkei	9,4
Russische Föderation	14,0
Guinea	14,4
Armenien	13,1
Ungeklärt	10,7
Albanien	4,0
Pakistan	12,2
Aserbajdschan	11,2

4. Quartal 2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden – in Monaten
Gesamt	8,0
darunter:	
Syrien	4,6
Afghanistan	7,4
Irak	6,6
Eritrea	7,9
Iran	7,4
Nigeria	9,9
Somalia	13,6
Albanien	4,3
Türkei	8,5
Pakistan	11,5
Russische Föd.	15,2
Aserbajdschan	12,9
Ungeklärt	8,5
Armenien	11,6
Guinea	8,1

1. Quartal 2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Entscheidungszentrum entschieden wurden in Monaten
Gesamt	10,9
darunter	
Syrien	8,0
Afghanistan	12,0
Irak	10,4
Eritrea	14,8
Iran	10,5
Somalia	15,0
Nigeria	18,1
Türkei	8,6
Russische Föd.	12,7
Guinea	26,2
Armenien	20,0
Ungeklärt	10,8
Albanien	8,9
Pakistan	15,0
Aserbaidtschan	Kein Vorgang

4. Quartal 2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Entscheidungszentrum entschieden wurden in Monaten
Gesamt	7,7
darunter:	
Syrien	5,3
Afghanistan	8,0
Irak	6,7
Eritrea	10,5
Iran	10,9
Nigeria	14,6
Somalia	18,4
Albanien	6,3
Türkei	8,0
Pakistan	14,7
Russische Föd.	14,4
Aserbaidtschan	11,4
Ungeklärt	8,8
Armenien	19,3
Guinea	23,1

1. Quartal 2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle oder der Zentrale entschieden wurden in Monaten
Gesamt	11,0
darunter:	
Syrien	7,6
Afghanistan	10,7
Irak	9,3
Eritrea	8,8
Iran	9,8
Somalia	14,4
Nigeria	14,4
Türkei	15,3
Russische Föd.	16,7
Guinea	16,1
Armenien	10,5
Ungeklärt	12,0
Albanien	6,2
Pakistan	14,3
Aserbajdschan	11,1

4. Quartal 2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle oder der Zentrale entschieden wurden in Monaten
Gesamt	8,8
darunter:	
Syrien	6,1
Afghanistan	7,5
Irak	7,1
Eritrea	8,3
Iran	10,0
Nigeria	12,2
Somalia	12,9
Albanien	5,4
Türkei	17,2
Pakistan	13,6
Russische Föd.	15,2
Aserbajdschan	18,6
Ungeklärt	11,8
Armenien	9,2
Guinea	12,7

- c) Wie viele der aktuell in Deutschland lebenden Geflüchteten sind im Kern-datensystem des Ausländerzentralregisters (AZR) gespeichert (bitte darlegen, wie viele Personen mit welchem Status gespeichert sind, bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten und den Bundesländern differenzieren), und zu wie vielen Asylsuchenden oder anerkannten Flüchtlingen sind Informationen zu Integration- und Arbeitsmarktdaten gespeichert?

Die Angaben ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag des 31. März 2017 zu Personen, die sich im Asylverfahren befinden oder ein Asylgesuch gestellt haben, können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

nach Status	
Gesamt	637.836
davon:	
Asylgesuch gestellt	36.067
Asylantrag gestellt	583.970
Asylantrag vor Einreise gestellt (§ 18a AsylG)	677
Asylantrag erneut gestellt	17.091
Asylantrag vor Einreise erneut gestellt (§ 18a AsylG)	31

nach Staatsangehörigkeiten	
Gesamt	637.836
darunter:	
Afghanistan	135.405
Syrien	117.638
Irak	68.677
Iran	27.710
Pakistan	23.518
Nigeria	22.747
Russische Föderation	22.339
Eritrea	18.247
Somalia	16.931
Ungeklärt	11.996
Albanien	11.176
Türkei	10.530
Armenien	10.338
Gambia	10.262
Serbien	7.933

nach Bundesland	
Gesamt	637.836
davon:	
Baden-Württemberg	80.629
Bayern	86.795
Berlin	29.168
Brandenburg	16.604
Bremen	5.473
Hamburg	17.604
Hessen	51.896
Mecklenburg-Vorpommern	8.076
Niedersachsen	62.909
Nordrhein-Westfalen	180.273
Rheinland-Pfalz	26.857
Saarland	1.969
Sachsen	20.556
Sachsen-Anhalt	10.108
Schleswig-Holstein	27.917
Thüringen	11.002

Ausweislich des AZR zum Stichtag des 31. März 2017 sind zu 50 448 Personen Integrations- und Arbeitsmarktdaten erfasst. Es können zu einer Person mehrere Sachverhalte erfasst sein. Diese verteilen sich wie folgt:

Integrations- und Arbeitsmarktmaßnahmen	Anzahl
alle Maßnahmen	50.448
Ausbildung	45
Berufsausübung	41
Integrationsmaßnahme	13
Schulausbildung	1
Sprachkenntnis	50.347
Studium	1

- d) Was hat die Abfrage bei den Bundesländern erbracht (vgl. Bundestagsdrucksache 18/11262, Antwort zu Frage 4g), insbesondere zu der Frage, in wie vielen Fällen Asylsuchende durch Mehrfachregistrierungen rechtswidrig zusätzliche Geldleistungen erzielt haben, und welcher Handlungsbedarf zur Verhinderung entsprechender Missbrauchshandlungen wird seitens der Bundesregierung gegebenenfalls noch gesehen?

Die Mehrheit der Länder erklärte in der Bund-Länder-Abfrage, dass Leistungsmisbrauch im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) verstärkt in Zeiten der hohen Zugangszahlen von Asylsuchenden aufgetreten sei. Im Jahr 2015 habe es an einer zeitnahen bundesweiten Registrierung gefehlt, zudem seien die Erstauf-

nahmestellen überlastet gewesen. Dies ermöglichte Asylsuchenden Mehrfachanmeldungen an unterschiedlichen Orten und damit auch den doppelten Leistungsbezug. Diese Probleme hätten sich durch die Neuregelungen im Datenaustauschverbesserungsgesetz und im AsylbLG (Inkrafttreten Anfang 2016) und der im Jahresverlauf erfolgten Nachregistrierung von Asylsuchenden entschärft. Ein Teil der Länder forderte die Möglichkeit des Fingerabdruckabgleichs bei Leistungsberechtigten im AsylbLG einzuführen, um die Identifizierungsmöglichkeiten weiter zu verbessern.

Eine entsprechende Regelung ist von der Bundesregierung vorbereitet und am 10. Mai 2017 im Bundeskabinett beschlossen worden; diese soll über einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen in den Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften eingebracht werden, der sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet.

- e) Wie lange war im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal durchschnittlich die Dauer bis zur Anhörung der Asylsuchenden, wie lange die durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zur behördlichen Entscheidung (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (für die Dauer zwischen Antragstellung und Anhörung gelten auch hier die in der Antwort zu Frage 4a getroffenen Erläuterungen zur Verfahrensdauer von Altverfahren):

1. Quartal 2017	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	8,6	3,6
darunter:		
Afghanistan	9,4	3,6
Albanien	3,3	2,2
Armenien	10,5	4,2
Aserbajdschan	6,7	3,6
Eritrea	6,6	2,4
Guinea	9,3	4,1
Irak	7,5	4,3
Iran	7,3	3,5
Nigeria	10,1	2,9
Pakistan	12,0	2,5
Russische Föderation	11,4	6,8
Somalia	12,4	2,4
Syrien	6,8	3,2
Türkei	5,1	4,2
Ungeklärt	8,9	4,9

4. Quartal 2016	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	7,4	2,5
darunter:		
Afghanistan	7,1	2,2
Albanien	2,7	2,2
Armenien	9,4	5,4
Aserbajdschan	8,3	4,9
Eritrea	8,0	1,7
Guinea	16,7	3,9
Irak	5,5	2,7
Iran	6,8	2,7
Nigeria	11,6	2,2
Pakistan	10,6	2,5
Russische Föderation	10,9	7,7
Somalia	14,8	2,2
Syrien	5,0	1,9
Türkei	5,7	5,3
Ungeklärt	8,3	3,0

- f) Wie hoch war im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal der Anteil rein schriftlicher Anerkennungsverfahren an allen Verfahren und ihre absolute Zahl (insgesamt, aber auch in Bezug auf die Herkunftsländer Syrien, Irak und Eritrea)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden, wobei im ersten Quartal 2017 keine schriftlichen Anerkennungsverfahren ergingen:

Herkunftsland	4. Quartal 2016		
	Anzahl absolut	Anteil schriftlicher Verfahren	durchschnittl. Bearbeitungsdauer in Mon.
Insgesamt	10.139	8,5%	6,8
Eritrea	1.012	15,4%	7,9
Irak	3.042	9,7%	7,7
Syrien	5.163	7,1%	5,5
sonst. asiat. Staatsangeh.	116	12,6%	14,1
Staatenlos	135	7,3%	8,1
Ungeklärt	671	13,2%	9,7

- g) Wie viele beim BAMF anhängige Verfahren sind seit über drei, sechs, zwölf, 15, 18, 24 bzw. 36 Monaten anhängig (bitte auch nach den zehn am meisten betroffenen Herkunftsländer differenzieren), und wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung von so genannten Altverfahren (seit mindestens dem vorletzten Kalenderjahr anhängige Verfahren) im BAMF?

Angaben zu den anhängigen Verfahren sowie gesondert zu den sog. Altverfahren können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhängige Verf. Stand: 31.03.2017	unter 3 Monate	über 3 Monate	über 6 Monate	über 12 Monate	über 15 Monate	über 18 Monate	über 24 Monate	über 36 Monate	Insgesamt
Gesamt	39.994	238.012	203.949	92.751	64.399	45.630	25.361	7.108	278.006
darunter:									
Afghanistan	4.240	56.116	50.922	19.997	11.052	5.815	2.327	568	60.356
Syrien	7.222	25.021	21.222	8.152	3.468	1.045	375	38	32.243
Irak	3.950	24.681	21.744	8.196	3.740	1.474	547	86	28.631
Nigeria	1.429	13.760	12.234	6.136	5.448	4.947	2.953	820	15.189
Iran	1.939	12.821	11.151	3.673	2.176	1.357	639	174	14.760
Somalia	1.523	8.117	6.767	3.706	3.202	2.672	1.530	373	9.640
Eritrea	2.314	6.963	4.581	2.114	1.626	1.174	659	94	9.277
Pakistan	873	7.565	6.825	3.527	2.586	1.855	1.303	545	8.438
Türkei	1.564	6.793	5.143	2.594	2.185	1.927	1.384	509	8.357
Gambia	663	7.542	6.794	3.828	3.208	2.433	1.156	219	8.205

Anhängige Verfahren aus 2015 und früher	64.399
darunter:	
Afghanistan	11.052
Nigeria	5.448
Irak	3.740
Syrien	3.468
Gambia	3.208
Somalia	3.202
Pakistan	2.586
Ungeklärt	2.348
Ukraine	2.281
Türkei	2.185

Der Abbau der Altverfahren im BAMF lag Ende März 2017 im Plan. Der Übernahmebestand von rund 435 000 Verfahren aus den Jahren 2016 und früher zum 1. Januar 2017 konnte mit Stand vom 31. März 2017 bereits auf rund 238 000 Altverfahren reduziert werden.

- h) Wie lange war die durchschnittliche Dauer vom Datum der Einreise (wie im System MARiS des BAMF nach Selbstauskunft der Asylsuchenden gespeichert) bis zur formellen Asylantragstellung im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal (bitte jeweils auch nach den fünf wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Antragsmonat/ Dauer in Monaten	1.Q.2017
Gesamt	4,3
darunter:	
Syrien	4
Afghanistan	9,2
Irak	4,5
Eritrea	2,4
Iran	4,1

Antragsmonat/ Dauer in Monaten	4.Q.2016
Gesamt	5,3
darunter	
Afghanistan	8,8
Eritrea	2,4
Irak	5,8
Iran	5,8
Syrien	6,7

- i) Wie viele Verfahren wurden bislang als beschleunigte Verfahren nach § 30a des Asylgesetzes (AsylG) mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und nach Monaten aufschlüsseln, bitte nach Ausgang der Verfahren aufschlüsseln und auch angeben, in wie vielen Fällen die Verfahren als nicht beschleunigte Verfahren fortgeführt wurden), welche besonderen Aufnahmeeinrichtungen nach § 5 Absatz 5 AsylG gibt es bislang, wie lange dauerten die beschleunigten Verfahren bislang im Durchschnitt (bitte auch nach den wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln und nach Dauer bis zur behördlichen bzw. bis zur gerichtlichen Entscheidung differenzieren), welche Angaben lassen sich dazu machen, in welchen Fallkonstellationen beschleunigte Verfahren eingeleitet wurden (gibt es eine Ausschlüsselung nach den einzelnen Nummern des § 30a Absatz 1 AsylG?), und wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit den beschleunigten Verfahren, gemessen an ihren Erwartungen bei der Gesetzgebung?

Die Verfahren nach § 30a AsylG werden vom BAMF statistisch nicht gesondert erfasst und können daher nicht ausgewertet werden. Besondere Aufnahmeeinrichtungen betreibt der Freistaat Bayern in Manching und Bamberg.

- j) Wie lange war die Verfahrensdauer bei Verfahren, die in den letzten sechs Monaten eingeleitet (Asylantragstellung) und entschieden wurden (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie lange war im Vergleich dazu die Verfahrensdauer bei Verfahren, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 bzw. in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 eingeleitet und entschieden wurden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Antragstellung ab: 01.10.2016 Entscheidung 01.10.2016 – 31.03.2017	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren.
Gesamt	1,9
darunter:	
Syrien	1,6
Afghanistan	2,2
Irak	2,2
Eritrea	2,2
Iran	2,4
Somalia	2,3
Nigeria	2,4
Türkei	1,8
Russische Föderation	2,0
Guinea	1,9

Antragstellung ab: 01.01.2016 Entscheidung 01.01.2016 – 30.06.2016	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren.
Gesamt	1,7
darunter:	
Syrien	1,6
Afghanistan	2,3
Irak	2,1
Ungeklärt	1,7
Iran	2,3
Eritrea	1,7
Pakistan	2,0
Albanien	1,6
Russische Föderation	2,2
Nigeria	2,2

Antragstellung ab: 01.01.2015 Entscheidung 01.01.2015 – 30.06.2015	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren.
Gesamt	1,6
darunter:	
Syrien	2,0
Kosovo	1,1
Albanien	1,4
Serbien	1,5
Irak	2,3
Afghanistan	2,5
Mazedonien	1,5
Eritrea	2,7
Nigeria	2,8
Pakistan	2,9

5. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylersanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern – EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken – basierenden Dublin-Verfahren angeben; bitte auch nach den unterschiedlichen EURODAC-Treffern differenzieren), und wie viele VIS-Treffer (VIS: Visa-Informationssystem) bei Asylsuchenden gab es (bitte Gesamtzahl nennen und jeweils nach den fünf wichtigsten Ausstellungsländern der Visa und Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Asyl- erstanträge	Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten ge- samt	Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylersan- trägen	Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC- Treffer
1. Quartal 2017	54.426	16.631	30,6	66,3
4. Quartal 2016	77.260	15.104	19,5	70,7

Übernahmeersuchen mit EURODAC-Treffern		
	1. Quartal 2017	4. Quartal 2016
EURODAC-Treffer gesamt	11.026	10.679
<i>davon</i> EURODAC-Treffer*		
nach Artikel 9 EURODAC-Verordnung	7.416	7.065
nach Artikel 14 EURODAC-Verordnung	2.948	3.014
nach Artikel 17 EURODAC-Verordnung	662	600

*Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

VIS-Treffer im 1. Quartal 2017		VIS-Treffer im 4. Quartal 2016	
VIS-Treffer gesamt	3.857	VIS-Treffer gesamt	2.311
<i>darunter:</i>		<i>darunter:</i>	
Ausstellendes Land		Ausstellendes Land	
Italien	746	Deutschland	353
Deutschland	624	Tschechische Rep.	338
Frankreich	562	Italien	323
Tschechische Rep.	333	Frankreich	284
Litauen	328	Ungarn	267

VIS-Treffer im 1. Quartal 2017		VIS-Treffer im 4. Quartal 2016	
VIS-Treffer gesamt	3.857	VIS-Treffer gesamt	2.311
<i>darunter:</i>		<i>darunter:</i>	
Herkunftsland		Herkunftsland	
Armenien	620	Aserbajdschan	596
Aserbajdschan	557	Armenien	321
Iran	446	Iran	219
Syrien	292	Syrien	153
Tadschikistan	261	Georgien	129

- a) Welches waren in den benannten Zeiträumen die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer und welches die 15 am stärksten angefragten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben, sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn sowie zu syrischen Asylsuchenden nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017 Herkunftsländer	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Eritrea	1.436	8,6
Syrien	1.275	7,7
Irak	1.242	7,5
Nigeria	1.197	7,2
Afghanistan	1.053	6,3
Somalia	911	5,5
Russische Föderation	876	5,3
Guinea	811	4,9
Aserbajdschan	761	4,6
Iran	744	4,5
Armenien	595	3,6
Gambia	525	3,2
Elfenbeinküste	418	2,5
Pakistan	332	2,0
Tadschikistan	317	1,9

4. Quartal 2016 Herkunftsländer	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Eritrea	1.728	11,4
Syrien	1.311	8,7
Afghanistan	1.202	8,0
Irak	1.199	7,9
Russische Föderation	1.091	7,2
Nigeria	1.043	6,9
Somalia	669	4,4
Aserbaidshjan	516	3,4
Guinea	480	3,2
Ungeklärt	397	2,6
Iran	395	2,6
Äthiopien	393	2,6
Pakistan	336	2,2
Gambia	307	2,0
Algerien	282	1,9

1. Quartal 2017 ÜE an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Italien	6.743	40,5
Ungarn	1.317	7,9
Frankreich	981	5,9
Polen	950	5,7
Schweiz	728	4,4
Schweden	727	4,4
Bulgarien	527	3,2
Österreich	501	3,0
Norwegen	491	3,0
Litauen	419	2,5
Niederlande	417	2,5
Tschechische Republik	405	2,4
Spanien	399	2,4
Belgien	387	2,3
Finnland	355	2,1
Malta	55	0,3
Zypern	4	0,0
Griechenland	0	0,0

4. Quartal 2016 ÜE an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Italien	5.730	37,9
Ungarn	1.804	11,9
Polen	1.231	8,2
Frankreich	675	4,5
Schweiz	652	4,3
Bulgarien	612	4,1
Österreich	560	3,7
Schweden	538	3,6
Norwegen	441	2,9
Spanien	398	2,6
Tschechische Republik	355	2,4
Dänemark	351	2,3
Niederlande	346	2,3
Finnland	289	1,9
Belgien	254	1,7
Zypern	19	0,1
Malta	26	0,2
Griechenland	0	0,0

- b) Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den jeweils fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden im Statistiksystem beim BAMF nach den in den folgenden Tabellen aufgeführten Kategorien erfasst:

	4. Quartal 2016	1. Quartal 2017
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	4.492	3.137
<i>darunter</i> Ablehnungen		
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	4	5
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	2	1
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	52	20
nach Artikel 9 Dublin III	40	12
nach Artikel 10 Dublin III	32	10
nach Artikel 11 a) Dublin III	17	13
nach Artikel 11 b) Dublin III	4	5
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	1	
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III	1	
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	10	10
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	5	27
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	12	2
Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt	6.723	11.059
<i>darunter</i> Zustimmungen		
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	2	1
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	1	1
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	1	1
nach Artikel 9 Dublin III	1	8
nach Artikel 10 Dublin III	1	2
nach Artikel 11 a) Dublin III	5	8
nach Artikel 11 b) Dublin III	8	
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	1	1
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	7	9
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	14	21

1. Quartal 2017			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	30	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	9
		Kamerun	7
		Nigeria	3
		Eritrea	2
		Syrien	2
Bulgarien	75	Irak	25
		Syrien	25
		Afghanistan	20
		Ungeklärt	4
		Iran	1
Dänemark	11	Syrien	5
		Afghanistan	3
		Sri Lanka	2
		Staatenlos	1
Frankreich	7	Nigeria	3
		Irak	2
		Aserbaidtschan	1
		Algerien	1
Griechenland	1.429	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	532
		Syrien	415
		Irak	222
		Iran	99
		Pakistan	37
Vereinigtes Königreich	3	Afghanistan	1
		Iran	1
		Vietnam	1
Italien	427	<i>darunter:</i>	
		Nigeria	112
		Eritrea	67
		Armenien	47
		Syrien	30
		Aserbaidtschan	24
Kroatien	3	Syrien	2
		Irak	1

Litauen	3	Tadschikistan	2
		Afghanistan	1
Luxemburg	5	Serbien	4
		Iran	1
Malta	12	Syrien	4
		Nigeria	4
		Somalia	4
Niederlande	5	Afghanistan	2
		Pakistan	1
		Tunesien	1
		Vietnam	1
Norwegen	14	Syrien	8
		Afghanistan	4
		Irak	1
		Eritrea	1
Österreich	10	Irak	4
		Iran	2
		Staatenlos	2
		Syrien	1
		Somalia	1
Polen	58	<i>darunter:</i>	
		Russische Föderation	37
		Tadschikistan	7
		Ukraine	6
		Syrien	3
		Ungeklärt	3
Schweden	6	Afghanistan	5
		Syrien	1
Schweiz	6	Gambia	2
		Eritrea	2
		Syrien	1
		Vietnam	1
Spanien	12	<i>darunter:</i>	
		Syrien	4
		Guinea	2
		Nigeria	2
		Libyen	1
		Elfenbeinküste	1
Tschechische Republik	8	Armenien	5
		Russische Föderation	3

Ungarn	162	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	52
		Syrien	46
		Irak	43
		Pakistan	7
		Staatenlos	5
Gesamt	2.286		

4. Quartal 2016			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		Herkunftsländer	
Belgien	20	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	8
		Irak	4
		Guinea	3
		Syrien	3
		Eritrea	1
Bulgarien	191	<i>darunter:</i>	
		Irak	106
		Syrien	51
		Afghanistan	29
		Iran	3
		Libanon	1
Dänemark	7	Serbien	3
		Eritrea	1
		Staatenlos	1
		Ungeklärt	1
		Vietnam	1
Finnland	2	Indien	1
		Irak	1
Frankreich	11	<i>darunter:</i>	
		Irak	4
		Iran	2
		Syrien	2
		Algerien	1
		China	1
Griechenland	3.644	<i>darunter:</i>	
		Syrien	1.315
		Afghanistan	1.127
		Irak	613
		Iran	222
		Pakistan	92

Italien	213	<i>darunter:</i>	
		Eritrea	42
		Nigeria	39
		Somalia	24
		Syrien	17
		Ägypten	14
Kroatien	10	Syrien	7
		Irak	2
		Türkei	1
Lettland	1	Armenien	1
Litauen	5	Russische Föderation	5
Malta	15	Somalia	7
		Libyen	5
		Eritrea	2
		Äthiopien	1
Niederlande	1	Staatenlos	1
Norwegen	15	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	6
		Syrien	3
		Somalia	2
		Iran	1
		Pakistan	1
Österreich	17	Syrien	8
		Afghanistan	3
		Irak	3
		Pakistan	2
		Türkei	1
Polen	66	<i>darunter:</i>	
		Russische Föderation	31
		Tadschikistan	11
		Armenien	8
		Kirgisistan	5
		Irak	4
Schweden	18	<i>darunter:</i>	
		Serbien	5
		Georgien	4
		Ungeklärt	3
		Albanien	1
		Irak	1
Schweiz	9	Eritrea	5
		Afghanistan	2
		Gambia	1
		Nigeria	1

Slowenien	1	Afghanistan	1
Spanien	19	Syrien	15
		Algerien	1
		Guinea	1
		Ukraine	1
		Ungeklärt	1
Tschechische Republik	16	Aserbajdschan	11
		Armenien	3
		Georgien	2
Ungarn	462	<i>darunter:</i>	
		Afghanistan	174
		Syrien	148
		Irak	45
		Pakistan	22
		Ungeklärt	19
Gesamt	4.743		

- c) Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern – in jedem Fall auch Syrien – und Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in jedem Fall auch Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), und wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des BAMF, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017 Herkunftsländer	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	1.344	
<i>darunter:</i>		
Russische Föderation	224	16,7
Syrien	129	9,6
Afghanistan	99	7,4
Irak	94	7,0
Eritrea	74	5,5
Nigeria	69	5,1
Somalia	53	3,9
Guinea	46	3,4
Algerien	43	3,2
Pakistan	38	2,8
Aserbajdschan	36	2,7
Ukraine	28	2,1
Georgien	27	2,0
Marokko	27	2,0
Sudan (ohne Südsudan)	26	1,9

4. Quartal 2016 Herkunftsländer	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	1.057	
<i>darunter:</i>		
Russische Föderation	278	26,3
Syrien	174	16,5
Afghanistan	83	7,9
Irak	75	7,1
Eritrea	38	3,6
Ukraine	30	2,8
Nigeria	27	2,6
Ungeklärt	26	2,5
Pakistan	25	2,4
Somalia	23	2,2
Iran	21	2,0
Marokko	21	2,0
Algerien	18	1,7
Guinea	17	1,6
Ghana	16	1,5

1. Quartal 2017 an Mitgliedstaaten	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	1.344	
<i>darunter:</i>		
Italien	371	27,6
Polen	251	18,7
Schweden	102	7,6
Frankreich	76	5,7
Schweiz	71	5,3
Österreich	68	5,1
Norwegen	58	4,3
Kroatien	49	3,6
Niederlande	46	3,4
Bulgarien	44	3,3
Belgien	40	3,0
Finnland	35	2,6
Spanien	30	2,2
Ungarn	28	2,1
Tschechische Republik	27	2,0
Malta	2	0,1
Zypern	0	0,0
Griechenland	0	0,0

4. Quartal 2016 an Mitgliedstaaten	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	1.057	
<i>darunter:</i>		
Polen	324	30,7
Italien	167	15,8
Schweden	126	11,9
Norwegen	78	7,4
Spanien	64	6,1
Kroatien	47	4,4
Ungarn	46	4,4
Frankreich	39	3,7
Belgien	30	2,8
Schweiz	28	2,6
Niederlande	24	2,3
Bulgarien	21	2,0
Österreich	17	1,6
Dänemark	15	1,4
Tschechische Republik	9	0,9
Malta	2	0,2
Zypern	0	0,0
Griechenland	0	0,0

Zeitraum	Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens
1. Quartal 2017	86
4. Quartal 2016	48

- d) Wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt oder eingestellt, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben), und wie viele Asylanträge wurden als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und weitere Angaben zu den wichtigsten betroffenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den dort gewährten Schutzstatus und die Staatsangehörigkeit der Betroffenen machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei differenzierte Angaben nach betroffenen Mitgliedstaaten und Staatsangehörigkeit der Betroffenen nicht vorliegen:

Zeitraum	Entscheidungen insgesamt				
		davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)			
			davon unzulässig (nach § 27a/§ 29 AsylG)	davon Einstellungen	davon kein weiteres Verfahren durchzuführen
1. Quartal 2017	222.395	12.209	12.147	56	6
4. Quartal 2016	234.554	7.080	7.052	14	14

Zeitraum	Entscheidungen gesamt	davon unzulässig, weil bereits Schutz im Mitgliedstaat
1. Quartal 2017	222.395	2.020
4. Quartal 2016	234.554	1.031

- e) In wie vielen Fällen wurde in den genannten Zeiträumen bei Asylsuchenden festgestellt, dass eigentlich Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig wäre (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben), wie viele Übernahmeersuchen der griechischen Behörden an Deutschland gab es, wie vielen Ersuchen wurde stattgegeben, und wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland fanden in diesen Zeiträumen statt (bitte auch nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und angeben, in wie vielen Fällen es sich um eine Familienzusammenführung handelte)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
1. Quartal 2017	
Herkunftsländer gesamt	1.429
<i>darunter:</i>	
Afghanistan	532
Syrien	415
Irak	222
Iran	99
Pakistan	37
Armenien	18
Libanon	14
Algerien	13
Georgien	12
Bangladesch	12

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
4. Quartal 2016	
Herkunftsländer gesamt	3.644
<i>darunter:</i>	
Syrien	1.315
Afghanistan	1.127
Irak	613
Iran	222
Pakistan	92
Staatenlos	62
Libanon	40
Ungeklärt	31
Marokko	16
Somalia	16

	Übernahme- ersuchen von Griechenland	Zustimmungen des BAMF	Überstellungen nach Deutschland
1. Quartal 2017	2.514	2.079	837
4. Quartal 2016	1.211	1.295	481

Überstellungen von Griechenland nach Deutschland		
	1. Quartal 2017	4. Quartal 2016
Herkunftsländer gesamt	837	481
<i>darunter:</i>		
Syrien	734	426
Afghanistan	53	25
Irak	24	16
Iran		4
Libanon	6	
ohne Angabe		4
Staatenlos	6	
Grund: Familienzusammenführung nach Artikel 8 bis 11, Artikel 16 und Artikel 17 Absatz 2 der Dublin-Verord- nung	837	481

- f) Wie viele Übernahmesuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es in den genannten Zeiträumen durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Etwaige Überstellungsquoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweils erfolgten Überstellungen zu den jeweiligen Zustimmungen:

1. Quartal 2017	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	501	208	68	504	422	221
Belgien	387	282	40	214	191	87
Bulgarien	527	207	44	50	36	45
Schweiz	728	246	71	292	321	171
Zypern	4			9	12	
Tschechische Republik	405	399	27	11	8	6
Dänemark	313	223	9	138	123	123
Estland	43	27	9			
Spanien	399	234	30	1		
Finnland	355	296	35	9	8	6
Frankreich	981	485	76	2.164	1.499	216
Griechenland				2.514	2.079	837
Kroatien	79	113	49	3		1
Ungarn	1.317	464	28	12	11	18
Irland				9	4	
Island	2			56	36	6
Italien	6.743	5.642	371	35	30	27
Liechtenstein				30	29	
Litauen	419	181	7	2	2	5
Luxemburg	27	11	7	209	180	43
Lettland	188	81	3	1	1	1
Malta	55	14	2	1	1	
Niederlande	417	237	46	1.028	967	385
Norwegen	491	340	58	21	23	12
Polen	950	703	251	18	17	15
Portugal	241	207		10	4	3
Rumänien	225	30		4	2	
Schweden	727	388	102	132	120	151
Slowenien	45	24	4	10	7	17
Slowakische Republik	23	3		12	4	3
Vereinigtes Königreich	39	14	7	229	318	76
Gesamt	16.631	11.059	1.344	7.728	6.455	2.475

4. Quartal 2016	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	560	171	17	370	338	83
Belgien	254	167	30	241	222	121
Bulgarien	612	322	21	48	45	10
Schweiz	652	188	28	282	401	119
Zypern	19	1		5	3	13
Tschechische Republik	355	141	9	14	11	6
Dänemark	351	99	15	140	153	281
Estland	28	31	2			
Spanien	398	177	64			
Finnland	289	201	8	18	30	21
Frankreich	675	302	39	1.670	1.282	244
Griechenland				1.211	1.295	481
Kroatien	221	201	47	3	3	2
Ungarn	1.804	357	46	31	22	9
Irland	4			14	13	
Island	3	2		26	14	3
Italien	5.730	2.583	167	205	205	15
Liechtenstein				5	5	1
Litauen	206	42	1		3	
Luxemburg	35	15		224	196	15
Lettland	90	42		1	1	1
Malta	26	10	2	2	1	5
Niederlande	346	160	24	1.361	1.379	371
Norwegen	441	261	78	24	19	33
Polen	1.231	881	324	13	14	9
Portugal	56	26	1	10	7	2
Rumänien	89	26	1	2		
Schweden	538	274	126	150	153	394
Slowenien	63	32		27	31	5
Slowakische Republik	7	3		4	5	2
Vereinigtes Königreich	21	8	7	262	252	19
Gesamt	15.104	6.723	1.057	6.363	6.103	2.265

- g) Wie ist die Entwicklung in Bezug auf die Zahl und den Anteil von Dublin-Verfahren und -entscheidungen bei syrischen Asylsuchenden im ersten Quartal 2017 (bitte nach Monaten differenzieren und wie in der Antwort zu Frage 5h auf Bundestagsdrucksache 18/7625 darstellen)?

Die zahlenmäßige Entwicklung im ersten Quartal 2017 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Entwicklung Syrien im 1. Quartal 2017								
	Zu- gänge	Entschei- dungen	davon Dublin- Entschei- dungen	Dublin- Entschei- dungen in %	anhängige Verfahren	davon Dublin- Verfahren	anhängige Dublin- Verfahren in %	Überstellungen in andere Mitgliedstaaten
Januar	2.717	13.410	151	1,1	49.043	1.885	3,8	45
Februar	3.305	12.751	209	1,6	40.987	1.702	4,2	47
März	4.002	14.314	235	1,6	32.243	1.521	4,7	31

- h) Welche Konsequenzen wurden im BAMF daraus gezogen, dass das OVG Saarland mit Urteil vom 9. März 2017 – 2 A 365/16 – festgestellt hat, dass keine realistische Möglichkeit einer Überstellung nach Ungarn innerhalb von sechs Monaten nach Rechtskraft des Urteils bestand, da Ungarn selbst nach Zustimmungen zur Rückübernahme Überstellungen häufiger ablehne und die Überstellungsquote in Bezug auf Ungarn insgesamt sehr gering sei?

Vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission am 17. Mai 2017 beschlossen hat, das im Dezember 2015 eingeleitete asylrechtsbezogene Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn voranzutreiben, und Ungarn ein entsprechendes ergänzendes Aufforderungsschreiben übermittelt hat, wird derzeit geprüft, ob sich hieraus eine neue Sachlage im Hinblick auf die Prüf- und Überstellungspraxis des BAMF nach Ungarn ergibt.

- i) Welche Konsequenzen wurden im BAMF aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 – 2 BvR 2013/16 – gezogen, wonach manches dafür spreche, dass der Umstand, ob ein persönliches Gespräch nach Artikel 5 der Dublin III-Verordnung stattgefunden hat, für die Frage der Rechtmäßigkeit eines Dublin-Bescheides relevant ist, und wonach das Beschleunigungsgebot der Dublin-Verordnung dafür spreche, dass die Frist für die Stellung eines Ersuchens bereits mit dem ersten Asylgesuch und nicht erst bei förmlicher Antragstellung zu laufen beginne – und wie begründet das BAMF seine diesbezügliche Praxis in Auseinandersetzung mit diesen Argumenten (bitte zu beiden Aspekten getrennt antworten)?

Das persönliche Gespräch gemäß Artikel 5 Absatz 1 Dublin III-VO ist obligatorisch und für den Erlass des Bescheides zwingend erforderlich. Die Antragsteller sind zu einem persönlichen Gespräch zu laden; dies muss sich aus der Akte ergeben. Die Gründe für den Verzicht sind in Artikel 5 Absatz 2 Dublin III-VO genannt. Wird aus den dort genannten Gründen im Einzelfall von einer Anhörung abgesehen, ist dies im Bescheid festzuhalten.

Die Frage zum Beginn der Frist für die Stellung eines Ersuchens liegt derzeit als Vorabentscheidungsersuchen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vor (Rs. C-670/16, dort: Vorlagefrage 5). Die Entscheidung durch den EuGH ist diesbezüglich abzuwarten. Die Bundesregierung hat in dem Verfahren – wie im Übrigen auch die Kommission – die Auffassung vertreten, dass ein Antrag auf internationalen Schutz erst als gestellt gilt, wenn ein förmlicher Antrag von der nach nationalem Recht für die Bearbeitung solcher Anträge zuständigen Behörden entgegen genommen wird. Zur Begründung dieses Standpunktes hat die Bundesregierung u. a. auf Wortlaut und Systematik von Artikel 20 Absatz 2 der Dublin III-VO verwiesen.

- j) Inwieweit teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass das von der Europäischen Kommission zur Änderung der Dublin-Verordnung vorgeschlagene Prinzip der „ewigen Zuständigkeit“ dazu führen könnte, dass viele Asylsuchende in der Europäischen Union dauerhaft oder für längere Zeit ohne angemessenen Schutzstatus und in einem ungeklärten Rechtszustand mit nur minimalen Rechten und ohne Integrationschance verbleiben, weil sie aus vielerlei Gründen nicht in den eigentlich „zuständigen“ EU-Mitgliedstaat gehen wollen und dieser häufig auch nicht an der Übernahme der Betroffenen interessiert ist und der Mitgliedstaat des aktuellen Aufenthalts wiederum wegen des Wegfalls der Fristen und des Wegfalls des bisherigen Beschleunigungsgrundsatzes der Dublin-Verordnung kein gesteigertes Interesse mehr daran hat, eine Überstellung zeitnah durchzusetzen (bitte begründen); wurde dieser Punkt innerhalb der Bundesregierung debattiert und abgestimmt, und wie ist die gemeinsame Haltung der Bundesregierung oder wie sind die gegebenenfalls unterschiedlichen Positionen der Bundesministerien zu dieser Frage (bitte darstellen)?

Der Meinungsbildungsprozess zu dieser Frage ist noch nicht abgeschlossen. Die Vermeidung der Situation des sog. „refugee in orbit“ ist ein Anliegen, das von der Bundesregierung bei der Verhandlung des Entwurfs der Dublin-VO mit berücksichtigt wird.

6. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von bzw. für Kinder(n) unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Quartal 2017 bei 88,5 Prozent (viertes Quartal 2016: 91 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 79,4 Prozent (viertes Quartal 2016: 86,4 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 61,3 Prozent (viertes Quartal 2016: 74,4 Prozent).

Die sog. „bereinigte Gesamtschutzquote“ bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Quartal 2017 bei 92,9 Prozent (viertes Quartal 2016: 96,5 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 78,4 Prozent (viertes Quartal 2016: 93,2 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 69,1 Prozent (viertes Quartal 2016: 80,6 Prozent).

Die weiteren Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben. Bei Anträgen nach § 14a Absatz 2 AsylG kann statistisch nicht ausgewertet werden, ob ein Kind hier geboren oder eingereist ist:

	1. Quartal 2017	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt	54.426	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	22.639	41,6%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	18.951	34,8%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	598	1,1%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	2.904	5,3%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	3.688	6,8%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	2.781	5,1%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	11	0,0%

	4. Quartal 2016	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt	77.260	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	27.811	36,0%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	22.694	29,4%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	1.148	1,5%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	1.786	2,3%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	5.117	6,6%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	3.753	4,9%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	11	0,0%

7. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
1. Quartal 2017	
Herkunftsländer gesamt	3.379
darunter	
Afghanistan	836
Eritrea	802
Somalia	343
Syrien	290
Guinea	244
Irak	166
Gambia	127
Äthiopien	103
Ungeklärt	78
Iran	42
Pakistan	40
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	22
Nigeria	20
Algerien	19
Ägypten	18

1. Quartal 2017	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	3.379
davon	
Baden-Württemberg	432
Bayern	210
Berlin	229
Brandenburg	88
Bremen	28
Hamburg	69
Hessen	224
Mecklenburg-Vorpommern	99
Niedersachsen	214
Nordrhein-Westfalen	760
Rheinland-Pfalz	287
Saarland	18
Sachsen	233
Sachsen-Anhalt	179
Schleswig-Holstein	118
Thüringen	191

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2016	
Herkunftsländer gesamt	4.901
darunter	
Afghanistan	1.732
Syrien	732
Eritrea	696
Somalia	388
Irak	332
Guinea	176
Gambia	135
Äthiopien	132
Ungeklärt	118
Pakistan	64
Nigeria	40
Iran	38
Sudan (ohne Südsudan)	26
Marokko	24
Elfenbeinküste (Cote d Ivoire)	23

4. Quartal 2016	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	4.901
davon	
Baden-Württemberg	813
Bayern	303
Berlin	290
Brandenburg	87
Bremen	57
Hamburg	133
Hessen	414
Mecklenburg-Vorpommern	85
Niedersachsen	409
Nordrhein-Westfalen	1.146
Rheinland-Pfalz	309
Saarland	22
Sachsen	257
Sachsen-Anhalt	195
Schleswig-Holstein	201
Thüringen	179
Unbekannt	1

1. Quartal 2017	Entscheidungen über Erstanträge				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	6.646	2	2.152	2.128	1.106
darunter					
Afghanistan	2.471	-	439	249	1.001
Eritrea	399	-	133	224	9
Somalia	233	-	76	48	37
Syrien	2.214	-	731	1.434	3
Guinea	31	-	3	4	15
Irak	767	-	628	50	10
Gambia	13	-	1	-	2
Äthiopien	42	-	5	1	4
Ungeklärt	146	-	61	68	1
Iran	32	1	18	1	3
Pakistan	53	-	1	2	2
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	1	-	-	-	1
Nigeria	7	-	2	1	4
Algerien	9	-	-	-	1
Ägypten	13	-	-	-	-

4. Quartal 2016	Entscheidungen über Erstanträge				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	3.681	-	1.528	1.441	248
darunter					
Afghanistan	748	-	183	99	213
Syrien	1.990	-	815	1.134	6
Eritrea	238	-	119	100	1
Somalia	54	-	17	7	14
Irak	389	-	330	30	2
Guinea	7	-	2	-	2
Gambia	1	-	-	-	1
Äthiopien	10	-	2	1	1
Ungeklärt	72	-	24	39	-
Pakistan	23	-	-	-	1
Nigeria	4	-	1	1	1
Iran	10	-	5	-	-
Sudan (ohne Südsudan)	1	-	1	-	-
Marokko	7	-	-	-	-
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	2	-	-	1	-

8. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren); wie erklärt und bewertet die Bundesregierung die hohe Zahl von 649 im Jahr 2016 an den bundesdeutschen Grenzen zurückgewiesenen oder zurückgeschobenen unbegleiteten Minderjährigen, und inwieweit sind solche Maßnahmen ohne vorherige Beteiligung der Jugendämter überhaupt zulässig?

Die Angaben für das erste Quartal 2017 und das vierte Quartal 2016 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017 Grenze	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	968	46	19	895
Schweiz	386		13	371
Österreich	208	46	2	155
Frankreich	165		2	163
Dänemark	101			101
Belgien	57		2	55
Flughäfen	22			21
Seehäfen	18			18
Niederlande	5			5
Luxemburg	3			3
Tschech. Republik	2			2
Polen	1			1
1. Quartal 2017 Staatsangehörigkeit (Top-5)	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Afghanistan	202	17	1	184
Guinea	151		2	146
Somalia	137	1	3	133
Eritrea	113	2	7	104
Marokko	78	2		76
4. Quartal 2016 Grenze	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	1.434	56	13	1.352
Schweiz	561	0	2	557
Österreich	347	56	2	285
Frankreich	168			168
Belgien	155			155
Dänemark	105		3	102
Flughäfen	49			43
Seehäfen	27			27
Niederlande	13		2	10
Tschech.Republik	5			5
Polen	4		4	
4. Quartal 2016 Staatsangehörigkeit (Top-5)	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Eritrea	430	0	2	423
Afghanistan	241	30	1	210
Somalia	205	4		201
Guinea	142	1		141
Algerien	53	3	2	48

Etwaige Differenzen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa die Übergabe an zur Abholung berechnigte Personen.

Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 1, 2 und 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/9634 verwiesen.

9. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	81.292	17.662	21,7%
darunter			
Syrien	51	6	11,8%
Afghanistan	24.649	205	0,8%
Irak	9.600	217	2,3%
Eritrea	155	36	23,2%
Iran	4.195	71	1,7%
Somalia	776	27	3,5%
Nigeria	2.755	548	19,9%
Türkei	370	75	20,3%
Russische Föd.	2.971	236	7,9%
Guinea	694	137	19,7%
Armenien	2.031	717	35,3%
Ungeklärt	903	415	46,0%
Albanien	2.510	2.469	98,4%
Pakistan	6.956	865	12,4%
Aserbaidtschan	1.141	182	16,0%

4. Quartal 2016	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen insgesamt
insgesamt	63.530	19.771	31,1%
darunter			
Syrien	64	9	14,1%
Afghanistan	13.908	218	1,6%
Irak	7.947	170	2,1%
Eritrea	63	10	15,9%
Iran	2.604	76	2,9%
Nigeria	1.000	232	23,2%
Somalia	303	12	4,0%
Albanien	4.740	4.679	98,7%
Türkei	377	127	33,7%
Pakistan	4.769	706	14,8%
Russische Föderation	3.554	300	8,4%
Aserbajdschan	1.319	231	17,5%
Ungeklärt	764	381	49,9%
Armenien	1.201	359	29,9%
Guinea	194	38	19,6%

10. Wie viele so genannte Flughafenverfahren wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden, wobei im ersten Quartal 2017 sowie im vorherigen Quartal keine unbegleiteten Antragsteller unter 18 Jahren an Flughäfen erfasst wurden:

1. Quartal 2017	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
			offens. unbegründet	eingestellt
	80	55	16	0
davon:				
Berlin	3	0	1	0
Frankfurt/Flughafen	75	55	15	0
München	2	0	0	0

4. Quartal 2016			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
	65	43	21	1
davon:				
Berlin	3	2	1	0
Frankfurt/Flughafen	61	41	19	1
München	0	0	0	0
Hamburg	1	0	1	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
1. Quartal 2017	80	55	16	0
darunter:				
Kongo, Dem. Republik	17	14	2	0
Syrien	11	10	0	0
Irak	7	7	0	0
Iran	7	4	0	0
Sri Lanka	7	3	4	0
Russische Föd.	5	5	0	0
sonst. asiat. Staatsangeh.	5	5	0	0
Libanon	4	4	0	0
Türkei	3	0	0	0
Kuba	2	0	2	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
4. Quartal 2016	65	43	21	1
darunter:				
Kongo, Dem. Republik	18	12	6	0
Syrien	7	7	0	0
Iran	7	6	1	0
Sri Lanka	4	3	1	0
Angola	3	0	3	0
Somalia	3	3	0	0
Ägypten	2	0	2	0
Irak	2	2	0	0
Armenien	2	2	0	0
Pakistan	2	0	2	0

11. Wie lautet die Statistik zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2016 und, soweit vorliegend, für 2017 (bitte jeweils in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 18/6860, Antwort zu Frage 11 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern)?

Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
Januar – Dezember 2016	Klagen, Berufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen									anhän- gige Rechts- mittel
		Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsi- diärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ableh- nungen		sonst. Ver- fahrenserle- digungen (z. B. Rücknahmen)			
						absolut	in Prozent	absolut	in Prozent		
Herkunfts- länder gesamt	174.570	70.904	62	7.427	500	1.310	22.357	31,5	39.248	55,4	154.519
darunter											
Syrien	50.207	9.898	3	5.797	19	280	844	8,5	2.955	29,9	42.765
Afghanistan	24.255	3.878	3	265	168	426	702	18,1	2.314	59,7	23.729
Irak	12.771	1.908	0	25	7	18	413	21,6	1.445	75,7	12.072
Albanien	11.794	12.503	0	0	39	87	5.350	42,8	7.027	56,2	7.038
Russische Föd.	8.568	3.207	6	40	13	34	595	18,6	2.519	78,5	10.201
Kosovo	8.112	8.847	0	2	6	94	3.758	42,5	4.987	56,4	5.607
Serbien	6.962	7.688	0	4	4	68	3.332	43,3	4.280	55,7	5.006
Pakistan	6.778	1.647	3	276	8	26	743	45,1	591	35,9	6.329
Mazedonien	4.849	4.562	0	3	4	37	1.732	38,0	2.786	61,1	3.411
Ungeklärt	3.649	586	0	140	3	14	148	25,3	281	48,0	3.539
Iran	3.277	998	16	256	7	7	186	18,6	526	52,7	3.225
Ukraine	2.057	809	0	0	1	1	179	22,1	628	77,6	1.689
Eritrea	2.053	663	0	73	1	10	72	10,9	507	76,5	1.963
Somalia	1.898	1.340	0	71	145	36	122	9,1	966	72,1	2.188
Georgien	1.833	1.096	0	7	0	11	395	36,0	683	62,3	1.712

Erst- und Folgeanträge											
Januar – Februar 2017	Klagen, Berufun- gen, Revisionen	Gerichtssentscheidungen									anhän- gige Rechts- mittel
		Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsi- diärer Schutz	Ab- schie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Ver- fahrenserle- digungen (z. B. Rücknahmen)			
						abso- lut	in Pro- zent	abso- lut	in Pro- zent		
Herkunfts- länder gesamt	43.038	11.828	5	2.000	80	302	3.295	27,9	6.146	52,0	187.741
darunter											
Afghanistan	11.171	1.300	1	60	41	205	270	20,8	723	55,6	34.134
Syrien	6.370	2.796	2	1.625	2	7	399	14,3	761	27,2	46.978
Irak	3.977	599	0	4	5	16	249	41,6	325	54,3	16.099
Pakistan	2.910	448	0	51	1	1	151	33,7	244	54,5	9.000
Russische Föd.	2.351	1.020	0	16	4	1	108	10,6	891	87,4	11.529
Iran	1.997	263	1	76	0	4	67	25,5	115	43,7	5.033
Nigeria	1.035	63	0	2	0	4	14	22,2	43	68,3	2.816
Somalia	983	161	0	11	16	8	29	18,0	97	60,2	3.008
Eritrea	936	155	0	20	1	3	27	17,4	104	67,1	2.748
Ungeklärt	741	118	0	27	0	0	44	37,3	47	39,8	4.208
Armenien	695	89	0	0	0	4	34	38,2	51	57,3	1.981
Ukraine	669	221	0	0	0	1	99	44,8	121	54,8	2.149
Äthiopien	591	95	0	7	0	0	43	45,3	45	47,4	1.298
Aserbaid- schan	583	79	0	1	0	0	27	34,2	51	64,6	1.767
Georgien	560	177	0	0	0	2	74	41,8	101	57,1	2.124

Widerrufsverfahren									
Januar – Dezember 2016	eingelegte Klagen, Berufungen, Revisionen		Gerichtsentscheidungen						anhängige Rechts- mittel
			Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserle- digungen (z. B. Rück- nahmen)		
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Herkunfts- länder gesamt	169	138	59	42,8	16	11,6	63	45,7	334
darunter									
Afghanistan	44	14	6	42,9	2	14,3	6	42,9	58
Armenien	25	3	0	0,0	0	0,0	3	100,0	27
Äthiopien	18	27	7	25,9	7	25,9	13	48,1	55
China	12	5	2	40,0	0	0,0	3	60,0	14
Indien	9	8	5	62,5	0	0,0	3	37,5	19
Irak	8	7	6	85,7	1	14,3	0	0,0	44
Iran	7	2	1	50,0	0	0,0	1	50,0	6
Jordanien	6	24	8	33,3	4	16,7	12	50,0	15
Kosovo	6	4	0	0,0	1	25,0	3	75,0	6
Libanon	5	1	1	100,0	0	0,0	0	0,0	4
Marokko	3	4	2	50,0	1	25,0	1	25,0	8
Pakistan	3	3	1	33,3	0	0,0	2	66,7	14
Russische Föd.	2	1	0	0,0	0	0,0	1	100,0	3
Serbien	2	0	0		0		0		4
sonst. asiat. Staatsangeh.	2	2	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2

Widerrufsverfahren									
Januar – Februar 2017	eingelegte Klagen, Berufungen, Revisionen		Gerichtsentscheidungen						anhängige Rechts- mittel
			Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Ver- fahrenserle- digungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Herkunfts- länder gesamt	21	11	9	81,8	1	9,1	1	9,1	331
darunter									
Afghanistan	6	3	1	33,3	1	33,3	1	33,3	61
Syrien	5	0	0		0		0		32
Ungeklärt	3	0	0		0		0		17
Irak	2	0	0		0		0		45
Armenien	1	0	0		0		0		6
Gambia	1	0	0		0		0		1
Russische Föd.	1	0	0		0		0		5
Sri Lanka	1	1	1	100,0	0	0,0	0	0,0	14
Türkei	1	0	0		0		0		51
Angola	0	0	0		0		0		2
Aserbaidschan	0	0	0		0		0		5
Äthiopien	0	0	0		0		0		2
Bosnien- Herzeg.	0	0	0		0		0		1
China	0	0	0		0		0		4
Eritrea	0	0	0		0		0		2

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jan-Dez 2016	7,4	19,0

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jan-Feb 2017	6,7	12,6

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

Jan. – Dez. 2016	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Belgien	149	19	168
Bulgarien	303	207	510
Dänemark u. Färöer	61	4	65
Estland	14		14
Finnland	24	7	31
Frankreich	233	31	264
Großbritannien mit Nordirland	3	2	5
Italien	889	290	1.179
Kroatien	118	11	129
Lettland	12		12
Litauen	41	2	43
Luxemburg	1		1
Malta	3	6	9
Niederlande	84	9	93
Norwegen	150	15	165
Österreich	84	12	96
Polen	1.666	293	1.959
Portugal	29		29
Rumänien	15	3	18
Schweden	183	27	210
Schweiz	61	8	69
Slowakische Republik	4	8	12
Slowenien	4	3	7
Spanien	266	49	315
Tschechische Republik	58	10	68
Ungarn	447	811	1.258
Zypern	2	4	6

Jan. – Feb. 2017	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Belgien	31	4	35
Bulgarien	88	46	134
Dänemark u. Färöer	36	3	39
Estland	9		9
Finnland	27	2	29
Frankreich	93	7	100
Italien	598	131	729
Kroatien	72	3	75
Lettland	2	3	5
Litauen	17		17
Malta	1	3	4
Niederlande	29	1	30
Norwegen	69	3	72
Österreich	34	1	35
Polen	424	46	470
Portugal	2		2
Rumänien	6		6
Schweden	42	5	47
Schweiz	26	6	32
Slowenien	5	1	6
Spanien	48		48
Tschechische Republik	41		41
Ungarn	91	91	182

- a) Wie viele Klagen und wie viele Berufungen (oder Anträge auf Berufungszulassung usw.) sind derzeit anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2016 bzw. 2017 (bitte differenzieren) mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die folgenden Rechtsmittel gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag des 28. Februar 2017 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 28.02.2017						
nach Herkunftsländern	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nichtzulassungsbeschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	50.604	2.239	1.103	1	4	53.951
darunter:						
Syrien	41.690	2050	1058	1	4	44.803
Irak	2.809	5	-	-	-	2.814
Ungeklärt	2.703	54	17	-	-	2.774
Eritrea	1.142	10	-	-	-	1.152
Staatenlos	941	77	15	-	-	1.033
Afghanistan	608	5	-	-	-	613
sonst. asiat. Staatsangeh.	248	23	12	-	-	283
Somalia	193	-	-	-	-	193
Iran	54	-	-	-	-	54
Libanon	41	1	-	-	-	42

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 28.02.2017						
nach Bundesländern	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nichtzulassungsbeschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	50.604	2.239	1.103	1	4	53.951
davon						
Baden-Württemberg	5.203	78	13	-	-	5.294
Bayern	5.181	1059	25	-	-	6.265
Berlin	6.224	-	-	-	-	6.224
Brandenburg	1.636	-	-	-	-	1.636
Bremen	711	-	-	-	-	711
Hamburg	1.724	1	-	-	-	1.725
Hessen	4.932	208	153	-	-	5.293
Mecklenburg-Vorpommern	748	-	-	-	-	748
Niedersachsen	7.217	33	5	-	-	7.255
Nordrhein-Westfalen	5.296	22	4	-	4	5.326
Rheinland-Pfalz	5.704	190	679	1	-	6.574
Saarland	184	416	223	-	-	823
Sachsen	1.604	2	-	-	-	1.606
Sachsen-Anhalt	2.673	22	-	-	-	2.695
Schleswig-Holstein	140	111	1	-	-	252
Thüringen	1.427	97	-	-	-	1.524

Im Jahr 2016 wurde bei folgenden Rechtsmitteln wie dargestellt entschieden:

Klagen:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	8.488	6	6.178	21	3	1.028	1.252
darunter:							
Syrien	7.433	2	5.732	19	3	802	875
Ungeklärt	196	-	123	-	-	25	48
Irak	193	-	2	1	-	70	120
Eritrea	185	-	68	-	-	59	58
Staatenlos	179	-	136	-	-	4	39
Somalia	102	-	31	1	-	34	36
sonst. asiat. Staatsangeh.	69	-	58	-	-	3	8
Afghanistan	68	-	9	-	-	13	46
Iran	14	2	9	-	-	1	2
Sudan (ohne Südsudan)	13	-	6	-	-	4	3

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	8.488	6	6.178	21	3	1.028	1.252
davon							
Baden-Württemberg	173	-	43	-	-	20	173
Bayern	2.254	-	1.735	2	-	277	2.254
Berlin	22	-	-	-	-	-	22
Brandenburg	126	-	4	1	-	1	126
Bremen	34	-	-	-	-	-	34
Hamburg	58	-	13	-	-	4	58
Hessen	489	2	382	5	-	29	489
Mecklenburg-Vorpommern	87	-	32	-	-	3	87
Niedersachsen	377	2	128	1	3	93	377
Nordrhein-Westfalen	208	-	104	-	-	35	208
Rheinland-Pfalz	2.070	-	1.758	12	-	267	2.070
Saarland	660	-	577	-	-	4	660
Sachsen	52	-	-	-	-	8	52
Sachsen-Anhalt	281	-	76	-	-	112	281
Schleswig-Holstein	768	-	568	-	-	160	768
Thüringen	829	2	758	-	-	15	829

Anträge auf Zulassung der Berufung:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	626	554	67	5
darunter:				
Syrien	582	535	43	4
Irak	12	-	12	-
Ungeklärt	11	9	2	-
Staatenlos	9	9	-	-
Eritrea	2	-	1	1
China	2	-	2	-
sonst. asiat. Staatsangeh.	2	-	2	-
Türkei	1	-	1	-
Somalia	1	-	1	-
Afghanistan	1	-	1	-

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	626	554	67	5
davon				
Baden-Württemberg	2	1	1	-
Bayern	43	25	14	4
Berlin	-	-	-	-
Hessen	4	2	1	1
Niedersachsen	3	-	3	-
Nordrhein-Westfalen	12	3	9	-
Rheinland-Pfalz	521	513	8	-
Saarland	7	7	-	-
Sachsen	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	1	-	1	-
Schleswig-Holstein	3	2	-	-
Thüringen	30	-	30	-

Berufungen:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	5	-	1	-	-	1	3
davon							
Syrien	5	-	1	-	-	1	3

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	5	-	1	-	-	1	3
davon							
Rheinland-Pfalz	1	-	1	-	-	-	-
Saarland	3	-	-	-	-	-	3
Schleswig-Holstein	1	-	-	-	-	1	-

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 28. Februar 2017 wurde bei folgenden Rechtsmitteln wie dargestellt entschieden:

Klagen:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	2.660		1.737	5		360	558
davon							
Syrien	2.294		1.618	2		255	419
Irak	110	-	1	1	-	56	52
Eritrea	73	-	19	1	-	24	29
Staatenlos	59	-	56	-	-	1	2
Ungeklärt	44	-	25	-	-	12	7
Afghanistan	34	-	1	1	-	4	28
Somalia	20	-	3	-	-	5	12
sonst. asiat. Staatsangeh.	11	-	9	-	-	1	1
Iran	3	-	2	-	-	-	1
Pakistan	3	-	-	-	-	-	3

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	2.660		1.737	5		360	558
davon							
Baden-Württemberg	641	-	550	-	-	9	82
Niedersachsen	624	-	466	1	-	101	56
Bayern	388	-	184	4	-	49	151
Hessen	343	-	290	-	-	37	16
Sachsen-Anhalt	173	-	65	-	-	76	32
Nordrhein-Westfalen	143	-	123	-	-	13	7
Rheinland-Pfalz	97	-	2	-	-	14	81
Saarland	71	-	31	-	-	17	23
Mecklenburg-Vorpommern	53	-	17	-	-	22	14
Thüringen	42	-	2	-	-	11	29
Brandenburg	26	-	-	-	-	1	25
Hamburg	26	-	2	-	-	6	18
Sachsen	14	-	-	-	-	3	11
Schleswig-Holstein	9	-	1	-	-	1	7
Bremen	5	-	1	-	-	-	4
Berlin	5	-	3	-	-	-	2

Anträge auf Zulassung der Berufung:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	999	706	292	1
davon				
Syrien	952	675	277	-
Ungeklärt	17	11	6	-
Staatenlos	13	8	5	-
sonst. asiat. Staatsangeh.	12	12	-	-
Eritrea	2	-	2	-
Irak	2	-	2	-
Iran	1	-	-	1

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	999	706	292	1
davon				
Rheinland-Pfalz	519	314	205	-
Saarland	219	219	-	-
Hessen	151	151	-	-
Thüringen	43	-	43	-
Baden-Württemberg	30	12	18	-
Sachsen-Anhalt	19	-	19	-
Bayern	9	4	5	-
Niedersachsen	6	4	2	-
Nordrhein-Westfalen	2	2	-	-
Berlin	1	-	-	1

Berufungen:

nach Herkunftsländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	151	-	2	-	-	146	3
davon							
Syrien	146	-	2	-	-	141	3
Ungeklärt	3	-	-	-	-	3	-
Staatenlos	2	-	-	-	-	2	-

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	151	-	2	-	-	146	3
davon							
Rheinland-Pfalz	145	-	-	-	-	144	1
Baden-Württemberg	2	-	-	-	-	-	2
Bayern	2	-	2	-	-	-	-
Saarland	1	-	-	-	-	1	-
Nordrhein-Westfalen	1	-	-	-	-	1	-

Entscheidungen zu Nichtzulassungsbeschwerden oder Revisionen gab es in den genannten Zeiträumen nicht.

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden in den Jahren 2015, 2016 und 2017 (bitte differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen angeben) Rechtsmittel eingelegt (bitte jeweils nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig/Dublin-Bescheid)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2015:

	insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote
Herkunftsländer gesamt	282.726	45.615	16,1%	6.341	2.727	43,0%	85.173	27.705	32,5%	36.096	15.091	41,8%
darunter:												
Syrien	105.620	2.965	2,8%	7	0	0,0%	16	6	37,5%	4.016	2.890	72,0%
Albanien	35.721	5.449	15,3%	897	344	38,4%	30.253	4.933	16,3%	584	164	28,1%
Kosovo	29.801	13.739	46,1%	625	390	62,4%	25.514	12.229	47,9%	1.994	1.125	56,4%
Serbien	22.341	7.707	34,5%	79	33	41,8%	13.532	5.773	42,7%	5.982	1.898	31,7%
Irak	16.796	606	3,6%	109	13	11,9%	19	1	5,3%	1.597	572	35,8%
Eritrea	10.099	442	4,4%	32	14	43,8%	6	2	33,3%	750	380	50,7%
Mazedonien	8.245	2.881	34,9%	58	32	55,2%	5.525	2.200	39,8%	1.571	639	40,7%
Bosnien- Herzeg.	6.500	1.293	19,9%	39	11	28,2%	3.300	933	28,3%	1.879	341	18,1%
Afghanistan	5.966	1.380	23,1%	767	314	40,9%	52	8	15,4%	2.220	1.013	45,6%
Russische Föd.	4.832	1.626	33,7%	656	341	52,0%	262	115	43,9%	3.177	1.279	40,3%

* Stand: 15.02.2016

Jahr 2016:

	insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote
Herkunftsländer gesamt	695.733	172.604	24,8%	74.669	51.147	68,5%	99.177	38.028	38,3%	42.982	20.761	48,3%
davon												
Syrien	295.040	49.362	16,7%	124	72	58,1%	43	11	25,6%	4.160	2.781	66,9%
Irak	68.562	12.906	18,8%	13.856	8.682	62,7%	392	203	51,8%	2.130	1.191	55,9%
Afghanistan	68.246	25.008	36,6%	24.405	18.574	76,1%	412	257	62,4%	2.133	1.330	62,4%
Albanien	37.673	11.327	30,1%	219	54	24,7%	29.801	10.411	34,9%	2.018	639	31,7%
Serbien	24.178	6.695	27,7%	258	77	29,8%	13.942	4.893	35,1%	6.334	1.621	25,6%
Eritrea	22.160	2.038	9,2%	115	93	80,9%	20	6	30,0%	1.227	804	65,5%
Kosovo	18.920	7.688	40,6%	220	90	40,9%	14.606	6.744	46,2%	1.711	626	36,6%
Ungeklärt	15.371	3.600	23,4%	546	308	56,4%	643	328	51,0%	564	323	57,3%
Mazedonien	14.712	4.659	31,7%	149	45	30,2%	9.027	3.511	38,9%	3.106	1.013	32,6%
Pakistan	12.935	6.884	53,2%	6.417	4.404	68,6%	1.784	897	50,3%	2.194	1.315	59,9%

* Stand: 15.02.2017

Zeitraum 1. Januar bis 28. Februar 2017:

Aufschlüsselung nach Herkunfts- länder	insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote
Herkunftsländer gesamt	142.139	39.870	28,1%	39.283	22.019	56,1%	11.852	3.759	31,7%	12.260	5.984	48,8%
davon												
Afghanistan	29.702	11.039	37,2%	14.283	9.232	64,6%	120	58	48,3%	665	382	57,4%
Syrien	26.122	4.822	18,5%	28	14	50,0%	5	4	80,0%	955	563	59,0%
Irak	20.362	3.779	18,6%	5.797	2.714	46,8%	136	75	55,1%	621	291	46,9%
Iran	7.726	1.895	24,5%	2.657	1.639	61,7%	48	19	39,6%	288	168	58,3%
Pakistan	6.450	2.740	42,5%	4.157	2.132	51,3%	622	293	47,1%	252	124	49,2%
Eritrea	4.742	937	19,8%	72	36	50,0%	13	9	69,2%	1.023	590	57,7%
Somalia	4.088	932	22,8%	463	295	63,7%	20	14	70,0%	650	407	62,6%
Russische Föd.	3.484	1.948	55,9%	1.873	1.280	68,3%	156	103	66,0%	818	517	63,2%
Nigeria	3.445	1.081	31,4%	1.281	515	40,2%	303	61	20,1%	748	453	60,6%
Ungeklärt	2.479	635	25,6%	301	128	42,5%	261	119	45,6%	267	90	33,7%

* Stand: 15.04.2017

c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Klagen im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gericht	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bundesverwaltungsgericht	64
VGH Baden-Württemberg	117
VG Freiburg	4.314
VG Karlsruhe	6.187
VG Sigmaringen	2.897
VG Stuttgart	3.343
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	160
VG Ansbach	5.098
VG Augsburg	4.293
VG Bayreuth	2.340
VG München	10.766
VG Regensburg	3.334
VG Würzburg	3.824
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	843
OVG Berlin-Brandenburg	102
VG Berlin	18.229
VG Cottbus	2.944
VG Frankfurt / Oder	3.350
VG Potsdam	4.802

OVG der Freien Hansestadt Bremen	7
VG Bremen	1.741
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	40
VG Hamburg	8.315
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	366
VG Darmstadt	3.181
VG Frankfurt/Main	2.814
VG Kassel	2.733
VG Wiesbaden	2.336
VG Gießen	2.999
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	148
VG Braunschweig	2.036
VG Hannover	4.187
VG Oldenburg	4.545
VG Osnabrück	2.517
VG Stade	2.525
VG Lüneburg	1.950
VG Göttingen	883
OVG für das Land Nordrhein- Westfalen	716
VG Aachen	1.491
VG Arnberg	3.717
VG Düsseldorf	5.393
VG Gelsenkirchen	4.383
VG Köln	4.899
VG Minden	3.034
VG Münster	3.395
OVG Rheinland-Pfalz	814
VG Koblenz	4
VG Trier	12.172
OVG des Saarlands	439
VG des Saarlandes	1.013
Schleswig-Holsteinisches OVG	116
VG Schleswig-Holstein	2.489
OVG Sachsen-Anhalt	35
VG Magdeburg	3.302
VG Halle	3.194
OVG für das Land Brandenburg	1
Thüringer Oberverwaltungsgericht	46
VG Gera	404
VG Meiningen	3.291
VG Weimar	1.957

Sächsisches Oberverwaltungsgericht	56
VG Chemnitz	4.989
VG Dresden	4.613
VG Leipzig	3.162
OVG Mecklenburg-Vorpommern	127
VG Greifswald	915
VG Schwerin	2.844
Gesamt	193.341

12. Wie viele abgelehnte Asylsuchende erhielten 2016 und 2017 (bitte differenzieren) eine Rechtsbehelfsbelehrung mit dem Hinweis darauf, dass eine Klage gegen einen Asylbescheid „in deutscher Sprache abgefasst sein“ müsse, und mit welcher Zahl zusätzlicher Klagen rechnet das BAMF angesichts des Umstands, dass nach einem Bericht der „Heilbronner Stimme“ vom 16. März 2017 (www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/region/region/sonstige-Kippt-Heilbronner-Jurist-Asyl-Belehrung;art87698,3812626) der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg eine Berufung zugelassen hat, weil die Standard-Rechtsbelehrung des BAMF den Eindruck erwecken könnte, die Betroffenen müssten bei einer Klage selbst für die deutsche Schriftform sorgen, was die Rechtsverfolgung möglicherweise in einer nicht vom Gesetz gewollten Weise erschwere – was die Klagefrist in diesen Fällen auf ein Jahr verlängern könnte (vgl. auch einen entsprechenden Beschluss des VG Köln vom 6. Februar 2017 in einem Dublin-Verfahren: www.asyl.net/rechtsprechungsdatenbank/suchergebnis/artikel/57552.html)?

Im Rahmen von abgelehnten Erst- und Folgeanträgen, Widerruf und abgelehnten Wiederaufnahmen hat das BAMF im Jahr 2016 in 263.672 Fällen und vom 1. Januar bis 31. März 2017 in 119.553 Fällen den Bescheiden die Rechtsbehelfsbelehrung beigelegt, die auf eine Klageerhebung in deutscher Sprache hinweist.

Das BAMF rechnet nicht mit einer hohen Zahl zusätzlicher Klagen, verwendet aber aufgrund der entstandenen Rechtsunsicherheit seit dem 13. April 2017 eine geänderte Rechtsbehelfsbelehrung, die dem zitierten Urteil Rechnung trägt (vgl. auch Antwort zu Frage 12c). Nach Auffassung von BAMF ist nicht davon auszugehen, dass abgelehnte Asylbewerber bisher auf eine Klageerhebung verzichtet haben könnten, weil sie sich wegen der Rechtsbehelfsbelehrung des BAMF dazu nicht fristgerecht in der Lage gesehen haben. Bereits erhobene Klagen sind in der Regel fristgerecht, die Frage einer Verfristung oder der Geltung einer Jahresfrist stellt sich daher nur bei einem äußerst geringen Anteil der rechtshängigen Verfahren.

- a) Inwieweit teilt das BAMF die Auffassung des in dem genannten Artikel zitierten Rechtsanwalts, wonach Betroffene gegebenenfalls auch aus der Abschiebehaft entlassen werden müssen, wenn sich die Rechtsbehelfsbelehrung als falsch erweist, bzw. in welchen Fallkonstellationen wäre dies nach Auffassung des BAMF der Fall?

Soweit der Verwaltungsgerichtshof in dem in Frage 12 angesprochenen Verfahren mit Urteil vom 18. April 2017 (AZ: A 9 S 333/17) entschieden hat, dass die vom BAMF erteilte Rechtsbehelfsbelehrung unrichtig erteilt wurde, hat sich die Klagefrist auf ein Jahr verlängert. Ist bereits Klage erhoben worden, stellt sich die

Frage nach einer Verlängerung der Klagefrist jedoch in der Regel nicht. Wie in der Antwort zu Frage 12 ausgeführt, geht das BAMF davon aus, dass beabsichtigte Klagen in der Regel fristgerecht eingelegt worden sind und daher die im Artikel geschilderten Auswirkungen regelmäßig nicht eintreten werden.

- b) Ist es zutreffend, wie es in dem genannten Artikel heißt, dass das BAMF in entsprechenden Gerichtsverfahren vorgetragen hat, dass der Gesetzgeber eine Rechtsbehelfsbelehrung mit Hinweis auf eine mündliche Klageerhebung „weder befürwortet noch gebilligt hätte“, weil dies „nicht im Interesse der Allgemeinheit“ sei und der Gesetzgeber „zur Vermeidung der Überbelastung der Gerichte Asylverfahren beschleunigen“ wolle – und ist dies auch die Auffassung der Bundesregierung, dass Hinweise in einer Rechtsbehelfsbelehrung auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der Klageerhebung bewusst so abgefasst werden sollen, dass diese Rechtsmittel zur Vermeidung einer Überlastung der Gerichte möglichst wenig in Anspruch genommen werden sollen, und wie ist eine solche Auffassung und Praxis des BAMF vereinbar mit dem Grundsatz eines effektiven Rechtsschutzes, der auch ausländischen Staatsangehörigen und Schutzsuchenden die Möglichkeit eröffnet, Behördenbescheide von unabhängigen Gerichten hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen (bitte ausführen)?

Dies ist nicht zutreffend. Ausweislich des Tatbestands im Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 18. April 2017 (AZ: A 9 S 333/17) hat das BAMF vorgetragen, die dem Bescheid beigefügte Rechtsbehelfsbelehrung „sei nicht unrichtig im Sinne des § 58 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Sie enthalte keinen Hinweis auf die Erforderlichkeit einer schriftlichen Klageerhebung; dies könne auch der Formulierung „abfassen“ nicht entnommen werden. Das Verwaltungsgericht Berlin habe in seinem Beschluss vom 15. Dezember 2016 unter Verweis auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Oldenburg (Beschluss vom 20. Oktober 2016) zutreffend festgestellt, selbst wenn die Bedeutung des Abfassens einer schriftlichen Niederlegung entspreche, sei der Rechtsbehelfsbelehrung jedenfalls nicht zu entnehmen, dass der Betreffende selbst für die Schriftform zu sorgen habe. Denn auch eine mündlich zur Niederschrift erhobene Klage werde von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (in deutscher Sprache) schriftlich abgefasst. Daraus ergebe sich, dass der Passus zur Abfassung in deutscher Sprache nicht auf die Schriftlichkeit oder Mündlichkeit der Klageerhebung abziele, sondern lediglich verdeutliche, dass die Klageerhebung (wie von § 55 VwGO i. V. m. § 184 GVG gefordert) in deutscher Sprache zu erfolgen habe. Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Klageerhebung in deutscher Sprache werde auch nicht dadurch unrichtig, dass Eingaben in anderer Sprache ausnahmsweise dann fristwahrende Wirkung entfalten könnten, wenn sie einen noch verständlichen Hinweis in deutscher Sprache enthielten, es werde ein Rechtsbehelf eingelegt. Denn für die Wirksamkeit der Klageerhebung komme es auch in dieser Konstellation darauf an, ob einer deutschen Formulierung die Einlegung des Rechtsbehelfs zu entnehmen sei. Die Anforderungen, die die Rechtsordnung hinsichtlich der wirksamen Einlegung von Rechtsbehelfen an Antragsteller stelle, seien nicht überspannt. Ausweislich der Niederschrift zur Anhörung vom 20. Juni 2016 verfüge der Kläger zumal über Deutschkenntnisse.“

- c) Wurden die Standard-Rechtsbehelfsbelehrungen des BAMF inzwischen geändert, wie es in dem genannten Artikel angekündigt wurde, wenn nein, warum nicht, und wenn ja, wurde nur der Hinweis auf die deutsche Sprache herausgenommen oder auch auf die Möglichkeit einer mündlichen Klageerhebung in den Geschäftsstellen der Gerichte aufgenommen – und wenn Letzteres nicht geschehen ist, warum nicht (bitte ausführen)?

Seit dem 13. April 2017 verwendet das BAMF geänderte Rechtsbehelfsbelehrungen. Die Änderung dient allein der Beseitigung einer bestehenden Rechtsunsicherheit, die aufgrund der gerichtlichen Bewertung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg eingetreten ist. Der Hinweis auf die Abfassung in deutscher Sprache wurde gestrichen.

Eine Belehrung über das Formerfordernis des § 81 Absatz 1 VwGO, nach dem die Klage bei dem Gericht schriftlich zu erheben ist (Satz 1), bei dem Verwaltungsgericht aber auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden kann (Satz 2), erfolgt nicht und ist nach Auffassung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg auch nicht erforderlich.

13. Wie viele Asyl-Anhörungen gab es im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen im 1. Quartal 2017	Anzahl
Gesamt	97.917
darunter	
Syrien	15.200
Afghanistan	21.368
Irak	9.032
Eritrea	4.777
Iran	5.517
Somalia	4.483
Nigeria	3.809
Türkei	1.614
Russische Föd.	1.605
Guinea	1.291
Armenien	1.742
Ungeklärt	1.622
Albanien	1.158
Pakistan	4.696
Aserbaidshen	1.314

Anhörungen im 4. Quartal 2016	Anzahl
Gesamt	165.013
darunter	
Syrien	32.141
Afghanistan	42.155
Irak	20.450
Eritrea	6.726
Iran	10.977
Nigeria	4.957
Somalia	4.943
Albanien	1.930
Türkei	1.570
Pakistan	7.879
Russische Föderation	2.187
Aserbaidshan	1.217
Ungeklärt	2.502
Armenien	1.539
Guinea	1.250

14. Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen und der Türkei im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei bezüglich der Problematik der Verwendung der sog. bereinigten Gesamtschutzquote auf die Ausführungen in der Antwort zu den Fragen 1a und 1b hingewiesen wird:

Herkunftsland	1. Quartal 2017				
	Erstanträge	Folgeanträge	Gesamtschutz		Gesamtschutz „bereinigt“ in Prozent
			absolut	In Prozent	
Algerien	622	90	27	2,1	3,9
Libyen	269	9	181	28,5	46,4
Marokko	558	90	68	5,2	8,9
Tunesien	108	22	18	4,5	8,4
Ägypten	225	31	148	15,5	20,8
Türkei	1.566	111	62	7,5	14,4

Herkunftsland	4. Quartal 2016				
	Erstanträge	Folgeanträge	Gesamtschutz		Gesamtschutz „bereinigt“ in Prozent
			absolut	In Prozent	
Algerien	847	59	40	4,3	7,3
Libyen	362	11	208	25,3	34,8
Marokko	841	55	51	4,4	7,1
Tunesien	178	24	2	0,7	1,3
Ägypten	266	23	230	15,5	18,9
Türkei	1.804	77	86	9,4	18,6

15. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina in den Monaten Januar, Februar und März 2017 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge in diesen Monaten jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	Asylanträge Januar 2017			Entscheidungen über Asylanträge Januar 2017						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	555	225	330	1.023	-	-	-	1	536	486
dar. Roma	466	182	284	890	-	-	-	-	447	443
Kosovo	232	89	143	586	-	-	3	3	385	195
dar. Roma	74	9	65	146	-	-	-	1	92	53
Mazedonien	439	192	247	717	-	-	5	3	415	294
dar. Roma	319	127	192	466	-	-	-	2	271	193
Montenegro	98	31	67	57	-	2	-	1	31	23
dar. Roma	50	11	39	31	-	2	-	1	9	19
Albanien	573	327	246	1.318	-	-	6	5	912	395
dar. Roma	81	35	46	108	-	-	-	-	59	49
Bosnien-Herzeg.	164	68	96	282	-	-	-	4	173	105
dar. Roma	86	37	49	171	-	-	-	3	98	70

Herkunftsland	Asylanträge Februar 2017			Entscheidungen über Asylanträge Februar 2017						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	444	205	239	857	-	1	-	2	466	388
dar. Roma	379	167	212	711	-	1	-	1	362	347
Kosovo	224	110	114	589	-	-	-	8	358	223
dar. Roma	51	25	26	137	-	-	-	2	94	41
Mazedonien	397	187	210	708	-	-	-	6	410	292
dar. Roma	228	86	142	461	-	-	-	3	248	210
Montenegro	46	30	16	100	-	-	-	-	53	47
dar. Roma	27	19	8	44	-	-	-	-	28	16
Albanien	378	245	133	1.149	-	-	6	18	810	315
dar. Roma	32	21	11	90	-	-	-	1	56	33
Bosnien-Herzeg.	151	56	95	252	-	-	3	3	109	137
dar. Roma	92	20	72	125	-	-	-	2	36	87

Herkunftsland	Asylanträge März 2017			Entscheidungen über Asylanträge März 2017						
	Asylanträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerken- nungen als Asylbe- rechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewäh- rung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylG	Gewäh- rung von subsidiä- rem Schutz gem. § 4 I AsylG	Fest- stellung eines Abschie- bungs- verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfah- renser- ledi- gungen
Serbien	610	342	268	1.072	-	1	2	-	556	513
dar. Roma	501	260	241	893	-	-	-	-	429	464
Kosovo	275	140	135	643	-	-	-	13	378	252
dar. Roma	85	53	32	190	-	-	-	6	122	62
Mazedonien	712	399	313	942	-	-	-	1	544	397
dar. Roma	403	200	203	568	-	-	-	1	314	253
Montenegro	45	30	15	105	-	-	2	1	54	48
dar. Roma	22	16	6	50	-	-	2	1	20	27
Albanien	680	462	218	1.249	-	1	4	10	791	443
dar. Roma	56	27	29	90	-	-	-	-	63	27
Bosnien- Herzeg.	235	140	95	372	-	-	-	3	208	161
dar. Roma	105	35	70	182	-	-	-	1	89	92

16. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF und zu unterstützenden Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich der Asylprüfung, und wie ist die Personal-Bedarfsplanung des BAMF für die Jahre 2017 und 2018 aufgrund welcher Annahmen?

Zum Stichtag des 31. März 2017 verfügte das Bundesamt insgesamt über 7.899 Mitarbeiter. Davon waren 780 als temporäre Unterstützungskräfte eingesetzt. Damit ist die Personalisierung beim Bundesamt abgeschlossen. Das BAMF ist flächendeckend an allen Standorten voll arbeitsfähig.

Mit dem Haushaltsgesetz 2017 wurde der Stellenbestand aus dem Jahr 2016 im Wesentlichen unverändert in das aktuelle Jahr übernommen. Da die Haushaltsaufstellung derzeit noch nicht abgeschlossen ist, kann über den konkreten Umfang des Personals 2018 derzeit noch keine Aussage getroffen werden.

17. Wie viele Asylverfahren wurden im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal eingestellt (bitte so genau wie möglich nach Gründen differenzieren), und was verbirgt sich hinter „sonstigen Einstellungen“, die laut der Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 18/11262 etwa zwei Drittel aller Einstellungen ausmachen?

Im ersten Quartal 2017 wurden vom BAMF 17.806 Asylverfahren eingestellt, davon 11 093 Einstellungen nach § 33 oder § 32a Absatz 2 AsylG sowie 6.713 sonstige Einstellungen. Im vierten Quartal 2016 wurden vom BAMF 16 126 Asylverfahren eingestellt, davon 7 077 Einstellungen nach § 33 oder § 32a Absatz 2 AsylG sowie 9.049 sonstige Einstellungen. Sonstige Einstellungen ergehen aufgrund einer Antragsrücknahme oder des Todes eines Antragstellers.

18. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt (soweit möglich bitte auch nach Herkunftsländern differenzieren), welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zu dem in der gültigen „Dienstanweisung Asyl!“ vorgesehenen Ziel einer Einheit von Anhörer und Entscheider zurückzukehren, wie hoch war der Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren (d. h. auch: ohne Identität von Anhörer und Entscheider) getroffen wurden, im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal (bitte jeweils absolute und relative Zahlen angeben und die wichtigsten zehn Herkunftsländer nennen), und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BAMF gibt es derzeit, die nur anhören bzw. die anhören und entscheiden?

Zu der personellen Einheit von Anhörer und Entscheider erfolgt im BAMF keine statistische Erfassung. Allerdings wird aufgrund der hohen zu bearbeitenden Anzahl von Asylanträgen aus den Jahren 2016 und früher im BAMF in einfacheren Fällen zur Verfahrensbeschleunigung auch weiter getrennt entschieden. In den dafür vorgesehenen Entscheidungszentren werden Verfahren getrennt von der Anhörung bearbeitet. Teilweise werden auch in den Außenstellen darüber hinaus Entscheidungen personell getrennt aus den genannten Gründen getroffen. Die Analyse, ob und ggf. zu welchem Zeitpunkt verstärkt wieder zur Einheit von Anhörer und Entscheider zurückgekehrt werden soll, ist noch nicht abgeschlossen.

Angaben zum Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren getroffen wurden, können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
alle HKL	222.395	67.033	30,1%
davon			
Afghanistan	49.553	15.785	31,9%
Syrien	40.368	22.822	56,5%
Irak	30.932	9.932	32,1%
Iran	12.024	4.355	36,2%
Pakistan	9.367	2.929	31,3%
Eritrea	7.735	581	7,5%
Somalia	6.456	1.794	27,8%
Nigeria	5.673	505	8,9%
Russische Föd.	5.248	23	0,4%
Ungeklärt	3.791	726	19,2%

4. Quartal 2016	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
alle HKL	234.554	115.716	49,3%
davon			
Syrien	74.269	45.005	60,6%
Afghanistan	42.767	22.683	53,0%
Irak	31.771	15.878	50,0%
Pakistan	7.783	4.796	61,6%
Iran	7.121	3.423	48,1%
Eritrea	6.642	3.587	54,0%
Russische Föderation	6.426	2	0,0%
Albanien	6.214	3.513	56,5%
Ungeklärt	5.194	2.927	56,4%
Somalia	3.373	1.600	47,4%

Mit Stand vom 31. März 2017 waren im BAMF von anderen Behörden abgeordnete Kräfte sowie weitere befristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umfang von fünf Vollzeitäquivalenten (VZÄ) als Anhörer tätig. Sie führen ausschließlich Anhörungen durch. Stammpersonal im Umfang von 2 421,4 VZÄ und weitere abgeordnete sowie befristete 344,7 VZÄ waren als Entscheider tätig. Sie konnten sowohl Anhörungen als auch Entscheidungen durchführen. Über die tatsächliche Aufteilung der Tätigkeiten bei Entscheidern wird keine Statistik geführt.

19. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal gegenüber abgelehnten Asylsuchenden erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Quartal 2017	
alle HKL	95.154
davon	
Afghanistan	23.155
Irak	9.170
Pakistan	7.810
Iran	4.642
Nigeria	4.098
Russische Föderation	3.731
Albanien	2.608
Armenien	2.330
Serbien	2.056
Somalia	1.780

4. Quartal 2016	
alle HKL	79.295
darunter:	
Afghanistan	11.068
Albanien	8.806
Irak	7.143
Pakistan	6.321
Russische Föderation	4.395
Serbien	4.165
Kosovo	3.199
Iran	3.171
Mazedonien	2.897
Indien	2.290

20. Wird die angenommene durchschnittliche Dauer einer Asylanhörung von etwa 100 Minuten (vgl. Bundestagdrucksachen 18/4980, Antwort zu Frage 19 und 18/11262, Antwort zu Frage 21) zur Grundlage der internen Vorgaben im BAMF gemacht, wie viele Anhörungen und Entscheidungen ein/e Entscheider/in täglich machen soll, und wie lauten entsprechende aktuelle Vorgaben (bitte ausführen, wie entsprechende Vorgaben berechnet werden)?

Eine Berechnung anhand der angenommenen durchschnittlichen Dauer einer Anhörung findet nicht statt. Die individuelle Dauer der Anhörung wird nicht durch zeitliche Vorgaben begrenzt. Im Mittel sollte ein Entscheider/eine Entscheiderin nach den aktuellen Orientierungswerten drei Anhörungen oder 3,5 Bescheide (Personen)/Tag erreichen. Die Durchschnittswerte sind als Planungsgröße zu werten und können durch besondere Fallkonstellationen, Herkunftsländer oder Sonderverfahren auch unterschritten werden.

21. Wie viele Asylsuchende wurden bislang zu einer Teilnahme an einem Integrationskurs bzw. einer Flüchtlingsintegrationsmaßnahme verpflichtet (bitte jeweils nach wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und nach Monaten auflisten), in wie vielen Fällen sind Betroffene dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, in wie vielen dieser Fälle lag dies im Verschulden der Betroffenen, und in wie vielen Fällen gab es entsprechende Sanktionen, insbesondere Leistungskürzungen wegen einer vorwerfbaren Nichtteilnahme bzw. mangelnder Mitwirkung (bitte so differenziert wie möglich angeben)?

Durch die Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – TLA – wurden nach § 44a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) im ersten Quartal 2017 insgesamt 5 878 Personen zu einer Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet.

Differenzierte Angaben nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten und Monaten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	Anzahl	in Prozent
Irak	1.730	29,4
Syrien	1.567	26,7
Iran	723	12,3
Eritrea	584	9,9
Somalia	507	8,6
Übrige	767	13,0
Gesamt	5.878	

Monat	Anzahl
Januar 2017	1.077
Februar 2017	2.264
März 2017	2.537
Gesamt	5.878

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse dazu, wie viele Asylsuchende nach § 5a AsylbLG bisher zur Teilnahme an einer Flüchtlingsintegrationsmaßnahme (FIM) verpflichtet wurden. In der Asylbewerberleistungsstatistik werden hierzu keine Daten erfasst. Auch von der Bundesagentur für Arbeit, die das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ im Auftrag der Bundesregierung durchführt, werden derartige teilnehmerbezogene Daten nicht erfasst. Grund hierfür ist die durch § 5a AsylbLG sowie die Richtlinie zum Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ vorgegebene Zuständigkeitsverteilung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den anderen an der Umsetzung des Programms beteiligten Behörden. Die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit beschränkt sich demnach auf die Bewilligung der Anträge sowie auf die Abrechnung und Erstattung der Maßnahmekosten sowie der Mehraufwandsentschädigung für die Teilnehmenden. Die Auswahl und Zuweisung von Asylsuchenden in einzelne FIM sowie die Entscheidung über das Eintreten einer Leistungsabsenkung bei Fehlverhalten oder Nichtantritt einer FIM obliegen gemäß § 5a AsylbLG hingegen den örtlichen nach dem AsylbLG zuständigen Behörden.

Der Vollzug des AsylbLG liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Länder, die dieses Gesetz als eigene Angelegenheit ausführen.

Aus diesem Grund liegen der Bundesregierung zu beiden Maßnahmen (Integrationskurs sowie FIM) keine Erkenntnisse dazu vor, in wie vielen Fällen Betroffene dieser Verpflichtung nicht nachgekommen sind und ob dahingehend entsprechende Sanktionen erfolgten.

22. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im ersten Quartal 2017 bzw. im vorherigen Quartal mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
1. Quartal 2017	277	57	124	96
davon				
Baden-Württemberg	32	4	13	15
Bayern	9	3	3	3
Berlin	16	5	4	7
Bremen	11		9	2
Hamburg	35	12	10	13
Hessen	19	6	8	5
Mecklenburg-Vorpommern	2		1	1
Niedersachsen	21	7	5	9
Nordrhein-Westfalen	111	16	63	32
Rheinland-Pfalz	4	1	1	2
Saarland	1			1
Sachsen	7	3	2	2
Sachsen-Anhalt	5		4	1
Schleswig-Holstein	3		1	2
Thüringen	1			1

1. Quartal 2017	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
alle HKL	277	57	124	96
darunter				
Syrien	1	1		
Afghanistan	24	7	6	11
Irak	3	1		2
Eritrea				
Iran	2	1	1	
Somalia	2		1	1
Nigeria	11	4	4	3
Türkei	18	3	2	13
Russische Föd.	5	2		3
Guinea	8	1	2	5

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
4. Quartal 2016	284	52	98	134
davon				
Baden-Württemberg	46	4	16	26
Bayern	18	4	6	8
Berlin	26	9	9	8
Brandenburg	1		1	
Bremen	10	1	3	6
Hamburg	24	6	14	4
Hessen	39	2	6	31
Mecklenburg-Vorpommern	3			3
Niedersachsen	17	4	7	6
Nordrhein-Westfalen	84	15	33	36
Rheinland-Pfalz	2		1	1
Saarland	5	1	1	3
Sachsen	6	5		1
Sachsen-Anhalt	2		1	1
Thüringen	1	1		

4. Quartal 2016	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
alle HKL	284	52	98	134
darunter				
Syrien	6	2		4
Afghanistan	18	7	6	5
Irak	4	3		1
Eritrea	1			1
Iran	3		2	1
Nigeria	10	4	3	3
Somalia	2		2	
Albanien	9	2	2	5
Türkei	46	1	6	39
Pakistan	-	-	-	-

23. Welche Angaben für das erste Quartal 2017 lassen sich machen zu überprüften (vor allem: Ausweis-) Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern, wie auf Bundestagsdrucksache 18/9415, Antwort zu Frage 28)?

Eine Übersicht der geprüften Dokumente im ersten Quartal 2017 sowie der Bewertungen können den folgenden Tabellen zu entnommen werden:

Herkunftsland	Geprüfte Dokumente	Ohne Beanstandung	Ge- oder verfälscht	Nicht abschließend bewertbar
Summe	111.306	106.239	4.332	735
darunter:				
Syrien	39.522	37.366	1.937	219
Afghanistan	15.232	14.306	753	173
Irak	19.088	17.871	1.144	73
Eritrea	1.794	1.739	45	10
Iran	10.777	10.628	119	30
Somalia	510	459	41	10
Nigeria	1.414	1.377	28	9
Türkei	3.070	3.022	33	15
Russische Föderation	2.243	2.232	8	3
Guinea	59	55	2	2

24. Wie viele Ausreisepflichtige lebten zum letzten verfügbaren Datum nach Angaben des Ausländerzentralregisters in Deutschland (bitte nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), wie viele von ihnen hatten eine Duldung (bitte nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende (bitte nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), wie viele von ihnen befanden sich nach Angaben des AZR noch in einem Asylverfahren, hatten einen Schutzstatus erhalten oder waren Unionsangehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts (bitte jeweils nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten) – und wie erklärt sich die Bundesregierung die hohe Zahl dieser zuletzt genannten Personengruppen, die rechtlich betrachtet nur in den allerwenigsten Fällen tatsächlich ausreisepflichtig sein dürften (bitte so genau wie möglich ausführen; vgl. hierzu den „Leitfaden zur Verbesserung der Datenqualität im Ausländerzentralregister“ des Beauftragten für Flüchtlingsmanagement vom 31. März 2017), und welche Maßnahmen zur diesbezüglichen Bereinigung des AZR hat die Bundesregierung ergriffen oder geplant?

Die Angaben zu im AZR erfassten Ausreisepflichtigen zum Stichtag des 31. März 2017 können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Bundesland	Ausreisepflichtige	mit Duldung	abgelehnte Asylbewerber
Nordrhein-Westfalen	67.488	48.576	32.722
Baden-Württemberg	25.768	20.932	11.357
Niedersachsen	20.167	15.644	10.336
Bayern	18.139	10.725	7.701
Berlin	15.994	9.730	6.984
Sachsen	10.989	7.523	6.095
Hessen	10.294	6.495	3.947
Rheinland-Pfalz	9.283	6.848	4.126
Sachsen-Anhalt	7.606	5.472	4.874
Brandenburg	6.647	5.177	2.309
Schleswig-Holstein	6.608	5.362	2.637
Hamburg	6.291	4.881	2.383
Thüringen	3.580	2.912	1.924
Bremen	3.551	2.981	1.550
Mecklenburg-Vorpommern	3.178	2.484	1.449
Saarland	1.246	1.014	584
Alle Bundesländer	216.829	156.756	100.978

Herkunftsstaaten	Ausreisepflichtige
Alle Staatsangehörigkeiten	216.829
darunter:	
Serbien	18.859
Albanien	15.715
Kosovo	14.772
Afghanistan	12.996
Russische Föderation	10.910
Mazedonien	10.115
Irak	7.842
Indien	7.017
Pakistan	7.006
Türkei	6.519
Bosnien-Herzegowina	5.474
Syrien	5.170
Libanon	4.625
Marokko	4.245
Algerien	4.168

Herkunftsstaaten	mit Duldung
Alle Staatsangehörigkeiten	156.756
darunter:	
Serbien	14.936
Kosovo	12.229
Albanien	10.936
Afghanistan	10.239
Russische Föderation	8.660
Mazedonien	7.962
Irak	5.694
Indien	5.491
Pakistan	5.004
Türkei	4.335
Syrien	4.285
Libanon	3.901
Bosnien-und Herzegowina	3.757
Algerien	3.045
Marokko	2.791

Herkunftsstaaten	abgelehnte Asylbewerber
Alle Staatsangehörigkeiten	100.978
darunter:	
Serbien	11.756
Kosovo	8.784
Albanien	8.649
Mazedonien	6.284
Indien	5.196
Afghanistan	4.603
Pakistan	3.796
Russische Föderation	3.684
Irak	2.936
Bosnien-Herzegowina	2.736
Libanon	2.657
Türkei	2.317
Algerien	2.141
Marokko	1.767
Aserbajdschan	1.558

Bundesland	Asylverfahren anhängig	Schutzstatus	EU-Staatsangehörige	Summe
Nordrhein-Westfalen	13.062	273	3.264	16.599
Bayern	4.534	181	1.305	6.020
Baden-Württemberg	4.496	269	1.069	5.834
Niedersachsen	4.550	114	538	5.202
Berlin	2.353	106	483	2.942
Hessen	1.717	100	984	2.801
Brandenburg	2.505	37	100	2.642
Rheinland-Pfalz	1.906	198	420	2.524
Sachsen	2.277	51	107	2.435
Schleswig-Holstein	2.165	59	175	2.399
Hamburg	1.081	33	309	1.423
Sachsen-Anhalt	1.259	33	89	1.381
Thüringen	1.080	9	61	1.150
Mecklenburg-Vorpommern	993	46	49	1.088
Bremen	444	17	110	571
Saarland	151	38	54	243
Summe	44.573	1.564	9.117	55.254

Herkunftsstaaten	Asylverfahren anhängig
Alle Staatsangehörigkeiten	44.573
darunter:	
Albanien	4.557
Russische Föderation	4.281
Afghanistan	3.935
Kosovo	3.215
Serbien	3.102
Mazedonien	2.228
Irak	2.068
Syrien	1.973
Pakistan	1.674
Armenien	1.022
Somalia	987
Nigeria	903
Iran	874
Eritrea	816
Bosnien-Herzegowina	784

Herkunftsstaaten	Schutzstatus
Alle Staatsangehörigkeiten	1.564
darunter:	
Syrien	536
Irak	292
Afghanistan	242
Iran	99
Eritrea	68
Türkei	59
Somalia	34
Russische Föderation	24
Kosovo	13
Albanien	11
Sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	11
Libanon	10
Äthiopien	9
Armenien	8
Pakistan	8

Herkunftsstaaten	EU-Staatsangehörige
Alle Staatsangehörigkeiten	9.117
darunter:	
Rumänien	2.531
Kroatien	1.736
Bulgarien	1.239
Polen	1.005
Italien	570
Spanien	274
Griechenland	261
Ungarn	233
Niederlande	210
Litauen	165
Portugal	135
Frankreich	126
Slowakische Republik	92
Österreich	84
Tschechische Republik	82

Bei der Anzahl von ca. 44 600 Personen, die im AZR einerseits als ausreisepflichtig und andererseits als noch in einem laufenden Asylverfahren befindlich ausgewiesen worden sind, liegt die Ursache größtenteils in einer verzögerten Eingabe im AZR. Denn zum weit überwiegenden Teil ist bei diesem als ausreisepflichtig gekennzeichneten Personenkreis das Asylverfahren nach derzeitigen Erkenntnissen bereits abgeschlossen. Jedoch war diese Tatsache zum Auswertungstichtag noch nicht an das AZR durch das dafür zuständige BAMF übermittelt worden, während bei über 80 Prozent dieser Ausreisepflichtigen mit vermeintlich offenem

Asylverfahren die Tatsache der Erteilung einer Duldung von den insoweit zuständigen Ausländerbehörden bereits an das AZR übermittelt worden ist. Insofern wird derzeit bei dem weit überwiegenden Teil dieses Personenkreises davon ausgegangen, dass die gespeicherte Ausreisepflicht zutreffend ist.

Bei den ca. 1 600 ausgewiesenen Ausreisepflichtigen mit Schutzstatus handelt es sich nach bisherigen Erkenntnissen meist um Personen, denen zu einem früheren Zeitpunkt ein Schutzstatus erteilt wurde, zu einem späteren Zeitpunkt die Verlängerung des entsprechenden Aufenthaltstitels von den Ausländerbehörden versagt und eine Duldung erteilt wurde. Hier erscheint es nicht unplausibel, dass entsprechende Widerrufsentscheidungen des BAMF im AZR noch nicht erfasst wurden. Dies kann aber nur durch Einzelfallprüfungen geklärt werden. Insofern ist auch hier von vornherein nicht davon auszugehen, dass die Ausreisepflicht im Regelfall etwa fälschlich im AZR erfasst wäre.

Die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung beträgt ca. 62 000. Bei ca. 10 000 Personen davon handelt es sich um EU-Bürger. Von diesen sind ca. 2 000 aufgrund eines Verlustes des Freizügigkeitsrechtes ausreisepflichtig. Bei den verbleibenden Personen wird derzeit überprüft, ob die Ausreisepflicht möglicherweise auf einem veralteten Sachverhalt beruht, der in der Berechnungslogik der Ausreisepflichtigen u. U. noch zu einer Erfassung führt, oder durch einen korrekt eingetragenen Sachverhalt entstanden ist. Hier ist es folglich nicht ausgeschlossen, dass ein Teil im rechtlichen Sinn ggf. nicht ausreisepflichtig ist.

Als erste Maßnahme im Anschluss an die Vorlage des „Leitfadens zur Verbesserung der Datenqualität im AZR“ haben die Bundesländer dem BAMF als Registerführer des AZR Ansprechpartner als Koordinatoren für Datenbereinigungsaktionen benannt. In enger Zusammenarbeit mit diesen werden nach einem Auftaktworkshop weitere Workshops zur Vorstellung des Leitfadens mit den Ausländerbehörden durchgeführt. Veranstaltungen in Bayern und Sachsen sind bereits erfolgt. 17 weitere Veranstaltungen – beginnend ab dem 18. Mai 2017 – sind geplant. Den Bundesländern und Ausländerbehörden werden Listen zur Überprüfung zur Verfügung gestellt.

Zudem startete das BAMF im Mai 2017 intern eine Initiative zur Datenbereinigung nicht konsistenter Datensätze bei den Ausreisepflichtigen mit laufendem Asylverfahren. Damit ist der Grundstein für eine BAMF-eigene Task Force zur Nacherfassung fehlender Abschlussmitteilungen (rund 50 000) im AZR gelegt. Derzeit können die Auswirkungen der vorgesehenen Bereinigungen/Nacherfassungen auf die Anzahl der Ausreisepflichtigen noch nicht abschließend abgeschätzt werden.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 15 der Abgeordneten Ulla Jelpke, Bundestagsdrucksache 18/12021 auf Seite 9 ff. hingewiesen.

25. Was hat die Evaluierung der Rückmeldungen der Ausländerbehörden zur Initiative des BAMF vom 15. Februar 2017 zur genaueren Erfassung der „sonstigen“ Duldungsgründe erbracht (vgl. Plenarprotokoll 18/227, S. 22832, Anlage 11; bitte im Detail darlegen), und wie bewertet die Bundesregierung diese Rückmeldungen und gegebenenfalls geänderten Duldungsgründe (bitte entsprechend geänderte Daten im AZR angeben)?

Die Datenbereinigungsaktion fand bundesweit vom 15. Februar 2017 bis 15. März 2017 statt. Es wurden 584 Ausländerbehörden angeschrieben. Bis zum 15. März 2017 hatten 195 Ausländerbehörden schriftlich zurückgemeldet. Dies entspricht

einem Anteil von 33,4 Prozent. Der Anteil der Duldung aus „sonstigen Gründen“ hat sich durch die Bereinigungsaktion von 58,2 Prozent (Stand: 31. Januar 2017) auf 51,9 Prozent (Stand: 31. März 2017) verringert.

Von 42 der angeschriebenen Ausländerbehörden wurde die Einführung neuer Duldungsgründe gewünscht. Die am häufigsten genannten Duldungsgründe waren dabei:

1. Entscheidung, ob Folgeverfahren durchgeführt wird
2. familiäre Bindung zu Deutschen oder Ausländern mit Aufenthaltstitel
3. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (kein Asyl)
4. Härtefälle
5. Familienmitglieder im laufenden Asylverfahren.

Der nachstehenden Auflistung können die im AZR erfassten Duldungsgründe im Vergleich zu den Stichtagen des 31. Januar 2017 und 31. März 2017 entnommen werden:

Duldungsgrund	Stichtag zum	
	31.01.2017	31.03.2017
Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG	6.906	6.066
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	1.582	1.417
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (fam. Bindungen zu Duldungsinh. fehlende Reisedokumente oder medizinische Gründe)	4.265	6.703
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG aus medizinischen Gründen	3.089	3.988
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG aus sonstigen Gründen	90.227	81.410
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente	40.105	47.434
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	470	483
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	3.926	5.392
Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	320	352
Duldung nach § 60a AufenthG (alt)	4.122	3.511
Duldungen gesamt	155.012	156.756

Das BMI wird gemeinsam mit den Ländern eine Überprüfung der vorhandenen Speichersachverhalte zu den Duldungsgründen unter Berücksichtigung des ausländerbehördlichen Bedarfs vornehmen und ggf. deren Anpassung vorschlagen.

26. Wie viele der in den Jahren 2014, 2015 bzw. 2016 (bitte differenzieren und gesonderte Tabellen erstellen) rechts- oder bestandskräftig abgelehnten Asylbewerber waren nach Angaben des AZR zuletzt noch in Deutschland aufhältig (bitte jeweils differenzieren nach den wichtigsten zehn Herkunftsländern, Bundesländern und dem jetzigen Aufenthaltsstatus)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen zu entnommen werden:

Gesamt 2014	21.006
davon nach Aufenthaltsstatus:	
befristet	8.606
unbefristet	79
Gestattung	612
Duldung	9.197
kein Aufenthaltsrecht oder Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	2.512

nach Bundesland	2014
Gesamt	21.006
davon	
Baden-Württemberg	1.728
Bayern	1.823
Berlin	1.714
Brandenburg	400
Bremen	303
Hamburg	776
Hessen	983
Mecklenburg-Vorpommern	362
Niedersachsen	2.200
Nordrhein-Westfalen	7.242
Rheinland-Pfalz	796
Saarland	188
Sachsen	740
Sachsen-Anhalt	602
Schleswig-Holstein	631
Thüringen	518

nach Staatsangehörigkeit	2014
Gesamt	21.006
darunter:	
Serbien	3.720
Afghanistan	2.484
Mazedonien	1.944
Syrien	1.269
Bosnien-Herzegowina	1.032
Russische Föderation	907
Irak	817
Kosovo	812
Albanien	491
Türkei	479
Pakistan	479
Aserbajdschan	415
Iran	410
Armenien	405
Ungeklärt	385

Gesamt 2015	24.833
davon nach Aufenthaltsstatus:	
befristet	6.240
unbefristet	18
Gestattung	1.076
Duldung	12.609
kein Aufenthaltsrecht oder Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	4.890

nach Bundesland	2015
Gesamt	24.833
davon	
Baden-Württemberg	2.319
Bayern	1.511
Berlin	1.938
Brandenburg	802
Bremen	331
Hamburg	643
Hessen	1.118
Mecklenburg-Vorpommern	402
Niedersachsen	2.669
Nordrhein-Westfalen	8.218
Rheinland-Pfalz	1.185
Saarland	156
Sachsen	1.296
Sachsen-Anhalt	865
Schleswig-Holstein	784
Thüringen	596

nach Staatsangehörigkeit	2015
Gesamt	24.833
darunter:	
Serbien	4.696
Kosovo	3.251
Albanien	2.902
Mazedonien	1.940
Afghanistan	1.612
Bosnien-Herzegowina	1.296
Russische Föderation	914
Syrien	838
Pakistan	607
Türkei	405
Somalia	366
Georgien	363
Montenegro	358
Ungeklärt	338
Iran	303

Gesamt	56.762
davon nach Aufenthaltsstatus:	
befristet	9.937
unbefristet	10
Gestattung	6.058
Duldung	26.414
kein Aufenthaltsrecht oder Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	14.343

nach Bundesland	2016
Gesamt	56.762
davon	
Baden-Württemberg	5.757
Bayern	5.600
Berlin	3.318
Brandenburg	1.524
Bremen	954
Hamburg	1.547
Hessen	2.464
Mecklenburg-Vorpommern	759
Niedersachsen	5.904
Nordrhein-Westfalen	14.778
Rheinland-Pfalz	2.659
Saarland	317
Sachsen	3.852
Sachsen-Anhalt	3.384
Schleswig-Holstein	1.831
Thüringen	2.114

nach Staatsangehörigkeit	2016
Gesamt	56.762
darunter:	
Afghanistan	10.679
Albanien	7.541
Kosovo	4.965
Serbien	4.942
Mazedonien	2.977
Indien	2.098
Pakistan	2.093
Irak	1.735
Russische Föderation	1.541
Syrien	1.520
Algerien	1.378
Marokko	1.348
Bosnien-Herzegowina	1.248
Somalia	1.101
Montenegro	867

27. Wie viel Geld erhielten welche privaten Beraterfirmen für welche konkreten Dienstleistungen/Studien/Ausarbeitungen usw. im Bereich Asyl/Aufenthaltsrecht seit dem Jahr 2015 (bitte im Einzelnen auflisten)?

Seit Oktober 2015 wird das BAMF von externen Beratern in den Prozessen und der Gesamtoptimierung unterstützt. Bis Oktober 2015 wurden keine Ausgaben für externe Beratungsleistungen getätigt.

Die nachfolgende Gesamtübersicht berücksichtigt sämtliche Leistungen, die nach Einschätzung des BAMF unter die Definition des Begriffes „externe Beratungsleistungen“ auf Basis des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2006 fallen und seit 2015 bis zum ersten Quartal 2017 im Bereich Asyl/Aufenthaltsrecht erbracht worden sind. Einzelne Aufträge wurden zusammengefasst dargestellt:

Beraterfirma	Haushaltsjahr	Thema	Ausgaben
McKinsey	2015	Unterstützung Arbeitsstab Integriertes Flüchtlingsmanagement	Das BAMF startete die Zusammenarbeit mit McKinsey im Rahmen seiner Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit. Die McKinsey-Ausgaben i. H. v. 1,5 Mio. € sind der BA erstattet worden.
	2016	Analyse, Prozessdarstellung, Prozessoptimierung	14,8 Mio. €
	2017	Analyse, Prozessdarstellung, Prozessoptimierung	3,9 Mio. €
Roland Berger GmbH	2016	Optimierung der IT-Schnittstellen mit Externen, Dokumentenlogistik	4,5 Mio. €
	2017	Optimierung der IT-Schnittstellen mit Externen	2,0 Mio. €

28. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass die Prognose der Beraterfirma McKinsey, wonach bis Ende 2017 mit etwa 485 000 Ausreisepflichtigen in Deutschland gerechnet werden müsse (vgl. Nachbeantwortung des Bundesministeriums des Innern vom 20. Dezember 2016 auf die Schriftliche Frage 24 der Abgeordneten Ulla Jelpke auf Bundestagsdrucksache 18/10695), als deutlich zu hoch angesehen werden muss, unter anderem weil z. B. die Zahl der Ausreisepflichtigen von Oktober 2016 bis Ende 2016 in etwa gleich geblieben ist und weniger als die Hälfte aller Ausreisepflichtigen abgelehnte Asylsuchende sind (vgl. Bundestagsdrucksache 18/11814, Antwort auf die Schriftliche Frage 7, S. 5 f.) und weil auch die Zahl der im AZR gespeicherten Ausreisepflichtigen aufgrund von Fehleingaben mutmaßlich zu hoch ist (vgl. den „Leitfaden zur Verbesserung der Datenqualität im Ausländerzentralregister“ des Beauftragten für Flüchtlingsmanagement vom 31. März 2017; bitte begründen)?

Die in Bezug genommene Prognose ist Teil der Projektion verschiedener Szenarien. Sie beruht auf der Hypothese, dass bis Ende 2017 keine wesentlichen Veränderungen im Bereich der freiwilligen Rückkehr und der Rückführung unternehmen werden und die Schutzquoten, bezogen auf Herkunftsländer, gleich bleiben.

Es handelt sich also um ein theoretisches Szenario, das Ausgangspunkt weiterer Überlegungen ist. In der in Bezug genommenen Untersuchung hat die Berater-

firma nämlich zugleich untersucht, welche Maßnahmen eine wie große Zahl Ausreisepflichtiger adressieren würde. Die Untersuchung stellt daher keinen Versuch dar, die Zukunft vorauszusehen, sondern die Wirkung möglicher Maßnahmen und auch deren Kosten zu untersuchen.

Wie auch in der Nachbeantwortung vom 20. Dezember 2016 ausgeführt, die in der Frage in Bezug genommen wird, erfolgt die Berechnung anhand folgender Parameter:

Ausgangspunkt der Berechnung von McKinsey ist der Umstand, dass sich Ende Juli 2016 in Deutschland laut AZR rund 215 000 Ausreisepflichtige aufhielten. Hinzugerechnet wurden 465 000 zusätzliche Ausreisepflichtige, die negative Asylbescheide erhalten, oder deren Verfahren sonstwie erledigt werden. Bei der Errechnung dieser Zahl von 465 000 wurden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

- Es würden ca. 700 000 Asylentscheidungen im Jahr 2016 und ca. 600 000 Asylentscheidungen im Jahr 2017 ergehen.
- Die Zahl neu ausgewiesener Personen sowie neu festgestellter Personen, die sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen, wird nicht berücksichtigt.
- Ebenfalls hinzugerechnet wurden 175 000 Personen, deren Ausreisepflicht nach negativ beschiedenen Klagen gegen Asylentscheidungen wieder eintritt. Diese Zahl berücksichtigt negativ beschiedene Klagen von Personen mit erfolgreichen Eilanträgen und negativ beschiedene Klagen von Personen, deren Asylanträge als einfach, also nicht offensichtlich unbegründet abgelehnt worden sind.
- Abgezogen wurde die prognostizierte Zahl von 250 000 neu erhobenen Klagen, positiv beschiedenen Klagen und nachträglichen Eintritten in das Asylverfahren, einschließlich erfolgreicher Eilanträge, Fällen der Aussetzung der Ausreisepflicht infolge Klagen gegen Ablehnungen von Asylanträgen als einfach unbegründet und von Personen, die sich zunächst unerlaubt in Deutschland aufhielten, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen, dann aber einen Asylantrag gestellt haben, was zur Aussetzung der Ausreisepflicht führt.
- Abgezogen wurde zudem eine prognostizierte Zahl von 120 000 freiwilligen Ausreisen und Rückführungen – entsprechend den durchschnittlichen Werten von Januar bis Ende Juli 2016, also ohne dass zusätzliche Maßnahmen diese Zahl erhöhen würden. Für freiwillige Ausreisen wurden dabei nur vorhandene Werte aus dem REAG/GARP-Programm berücksichtigt, worin Ausreisen von Nicht-Asylbewerbern sowie von Asylbewerbern, deren Anträge noch nicht beschieden worden sind, zu einem geringen Teil enthalten sein können.
- Der Berechnung der Zahlen wurde anhand der bekannten Schutzquoten eine gewichtete Gesamtschutzquote von 53 Prozent mit Bezug auf die noch anhängigen Verfahren zu Grunde gelegt, d. h. es wurde angenommen, dass bei den noch anhängigen Verfahren 53 Prozent einen Schutzstatus erhalten werden.

Bezogen auf die in der Fragestellung vermutete zu hohe im AZR gespeicherte Anzahl der Ausreisepflichtigen wird auf die Antwort zu Frage 24 hingewiesen.

29. Welche Mitteilungen hat das Bundesministerium des Innern oder eine von ihm bestimmte Stelle zuletzt an die Länder nach § 44 Absatz 2 der Asylgesetzes übermittelt, und falls dies nicht geschehen ist, warum nicht (bitte ausführen)?

Das BAMF hat zuletzt im Auftrag des Bundesministerium des Innern am 20. August 2015 ein Prognoseschreiben nach § 44 Absatz 2 AsylG über die voraussichtliche Entwicklung der Zugänge von Asylbegehrenden und den voraussichtlichen Bedarf an Unterbringungsplätzen an die Länder übermittelt.

Aufgrund der schwierigen Vorhersehbarkeit des Migrationsgeschehens hat das Bundesministerium des Innern seitdem auf entsprechende Prognoseentscheidungen verzichtet.

